

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1914

204 (25.7.1914) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Mit amtlichem Verkündigungsblatt. — Badische Morgenzeitung.

Bezugspreis:
in Karlsruhe und Vororten: frei ins Haus geliefert vierteljährlich 1.80, an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 50 Pfennig. Auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 2.22. Am Postschalter abgeholt 1.80. Einzelnummer 10 Pfennig.
Redaktion und Expedition: Ritterstraße Nr. 1.

Anzeigen:
die einseitige Kolonelleitung ob. deren Raum 20 Pfennig. Reklamezeile 50 Pfennig. Rabatt nach Tarif.
Anzeigenannahme: größere spätestens 12 Uhr mittags, kleinere spätestens bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanzeige: Expedition Nr. 203. Redaktion Nr. 894.

111. Jahrg. Nr. 204.

Samstag, den 25. Juli 1914

Erstes Blatt.

Gesamtdirektor: Gustav Neppert; verantwortlich für Politik: M. Dolsinger; für Baden, Vohles und Handel: G. Gerhardt; für Feuilleton: G. Weid; für Export und Fernmitteilung: H. W. Böttger; für Anzeigen: P. Kubmann. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedemann, Fregestraße 4. Tel. Amt 114. Abland 2902. — Für unverlangte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

Das österreichische Ultimatum an Serbien.

Die österreichische Verbalnote. — Das überraschte Serbien. — Die Triple-Entente mahnt in Belgrad zum Nachgeben.

Belgrad, 24. Juli. Der österreichisch-ungarische Gesandte überreichte gestern Abend 6 Uhr der serbischen Regierung eine Verbalnote mit den Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung. Diese Note besagt: Es erhellt aus dem Gesandnis der Urheber des Attentates, daß der Mord in Belgrad ausgeführt wurde, daß ferner die Mörder Waffen und Bomben von serbischen Offizieren und Beamten erhielten und daß die Beförderung der Verbrecher und der Waffen von den leitenden serbischen Grenzorganen durchgeführt wurde.

Die Note verlangt, daß die serbische Regierung sich verpflichtet, die verbrecherische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken und daß eine entsprechende Erklärung, deren Wortlaut vorgezeichnet wird, im Regierungsorgan und durch Armeebefehl veröffentlicht werde. Die Note verlangt ferner unter anderem: die sofortige Auflösung des serbischen Narodna Odbrana, die Entfernung der Offiziere und Beamten, die an der Propaganda gegen Oesterreich schuldig sind, die Mitwirkung der Organe der austro-ungarischen Regierung bei der Unterdrückung der gegen die Integrität der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien, die gerichtliche Untersuchung gegen die Teilnehmer an dem Komplott vom 28. Juni unter Teilnahme von Delegierten der austro-ungarischen Organe an den bezüglichen Erhebungen, die Verhaftung bestimmter kompromittierter Persönlichkeiten, Maßnahmen gegen Waffen- und Bombenschmuggel, Dienstentlassung und strenge Bestrafung gewisser Organe des Grenzdienstes, ferner Aufklärung über Äußerungen hoher serbischer Funktionäre zu dem Attentat, die unverzügliche Verständigung der austro-ungarischen Regierung von der Durchführung obiger Maßnahmen und endlich Antwort bis Samstag Abend 6 Uhr.

Die königlichen und kaiserlichen Botschafter im Deutschen Reich, in Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei sind von ihren Regierungen beauftragt worden, den Inhalt der österreichisch-ungarischen Note an die serbische Regierung zur Kenntnis der Regierung zu bringen, bei der sie beglaubigt sind und eine Erklärung hinzuzufügen, und noch einmal die trotz des Wohlwollens Oesterreich-Ungarns immer feindseliger werdenden Haltung Serbiens dargelegt wird, deren traurige Folgen am 28. Juni der ganzen Welt offenbart worden sind. Die Erklärung schließt mit folgenden Worten: Die k. u. k. Regierung ist überzeugt, daß sie sich, indem sie einen solchen Schritt unternimmt, in vollem Einklang mit den Gefühlen aller zivilisierten Nationen befindet, die es nicht zugeben können, daß der Königsmord zur Waffe wird, der man sich ungestraft im politischen Kampf bedienen dürfe, und daß der Frieden Europas unausgesetzt von Umtrieben gefährdet werde, die von Belgrad ausgehen.

Der Würfel ist gefallen. Oesterreich-Ungarn hat den Rubicon überschritten. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Seit vierzehn Tagen hat Europa die österreichische Note an Serbien erwartet. Alle Möglichkeiten sind in unendlichen Erörterungen in den Blättern aller Staaten erwogen worden und doch, jetzt, wo der Wortlaut vorliegt, ist alle Welt erstaunt über den energischen, drohenden Ton, über das bündige Verlangen völliger Unterwerfung unter das Tribunal Oesterreichs, das aus der Note Serbien entgegentritt. Fast könnte man meinen, es seien zwölf der Worte, zwanzig des Drohens des großen Oesterreichs an das kleine Serbien. Aber man muß sich darüber klar werden, daß es sich nicht um Serbien allein handelt, sondern um die ganze Slawenwelt, die mehr oder weniger offen hinter Serbien steht. Daß nicht Serbien allein gemeint ist, gegen das sich die Note des österreichischen Kaiserreiches richtet, das geht schon daraus hervor, daß das Verlangen nach Unterwerfung und Demütigung nicht von dem Mord in Serajewo direkt abgeleitet wird, sondern daß die Note zum Ausgangspunkt nimmt das Verbrechen Serbiens vom 31. März 1909, in dem es sich gegen die freundschaftlichen Beziehungen

zu Oesterreich-Ungarn zu pflegen und das, wie die den Mächten beigegebene Erklärung der Note besagt, bereits am nächsten Tage gebrochen wurde, indem „die Politik Serbiens in Wege einleitete, die dazu führten, bei den serbischen Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie subversive Ideen zu erwecken, und dadurch die Loslösung jener Gebiete vorzubereiten, die an Serbien angrenzen.“ Der Mord von Serajewo war der Höhepunkt dieser Politik.

Man sieht, über dem Ultimatum Oesterreichs schwebt das Gespenst Hartwigs, des russischen Gesandten in Belgrad. Er hat die Drachensaat gesät, die blutig aufgegangen ist und wenn er heute noch lebte, so würde er fühlen, daß Oesterreichs endliches Aufbegehren gegen die großserbische Propaganda letzten Endes gegen ihn gerichtet ist.

Es ist müßig, die Note Oesterreichs, die sich ihrem Sinne nach als ein Ultimatum an Serbien darstellt, obwohl ihr die äußere Form eines solchen mangelt, zu zergliedern und zu kritisieren. In der Politik gelten nur Tatsachen und mit der Tatsache der Note müssen sich die Beteiligten in Europa so oder so abfinden, und man kann sich nur fragen, wie dies geschieht.

Der erste Eindruck ist, daß Serbien die Note unmöglich annehmen kann, wenn es nicht riskieren will, in eine furchtbare innere Krise gestürzt zu werden, die Regierung und Thron hinwegfegt und eine unabsehbare wirtschaftliche Katastrophe nach sich zieht. Die nachfolgende Ueberlegung ist, daß Serbien in einem Krieg mit Oesterreich unterliegen muß, so lange der Krieg lokalisiert bleibt. Fragt sich also, ob dies eintritt, oder ob Rußland seinem Sturmbock gegen das Deutschtum zu Hilfe eilt.

Es liegt uns fern, hier orakeln zu wollen, nur darauf hingewiesen sei, daß auch während des verflochtenen Balkankrieges die Neigung in Petersburg groß war, zu gunsten Serbiens aktio einzugreifen, daß aber der vereinigte Wille Europas, so grotesk er auch nach außen sich gegeben hat, doch stark genug war, den Krieg auf sein eigentliches Gebiet, die Auseinandersetzung der Balkanstaaten mit der Türkei, und dann untereinander, zu beschränken. Hoffen wir also, daß es dem grössten Europa auch diesmal wieder gelingt. Nicht nur um des Friedens willen, sondern auch um der großen Aufgabe willen, die Oesterreich-Ungarn im Bündnis mit Deutschland zufällt und die es jetzt endlich begriffen zu haben scheint: die Grenzwehr nach Osten. Gelingt es jetzt, dem kleinen, boshaften und hinterlistigen Kläffer Serbien einen gehörigen Deutzettel zu geben, dann ist Aussicht vorhanden, daß die großserbischen und panslawistischen Wühlereien im Südosten für eine Weile zurückgedämmt werden, und während dieser Frist kann sich Oesterreich-Ungarn die innere Festigkeit im Hinblick auf die genannte Aufgabe zurückgewinnen.

Hoffen wir, daß Oesterreich-Ungarn jetzt die Probe auf seine Fähigkeit, alle Kräfte im Dienste der Verteidigung der Monarchie zusammenzufassen, erspart bleibe. Denn kommt es zum Krieg mit einem von Rußland mit Truppen und von Frankreich mit Geld unterstützten Serbien, dann hat für den alten Kaiserstaat an der Donau die Schicksalsfunde geschlagen, ob der Bau, der heute in allen Fugen kracht, noch einmal gestützt und gesteuert werden kann, so daß er wiederersteht in imponierender Größe, oder ob er über seiner nun bald tausendjährigen Geschichte zusammenbricht.

Interessant müßte es gewesen sein, die langen Gespräche zu sehen, mit denen sich das ungleiche Freundespaar, Zar und Poincaré, beim Abschied in Kronstadt die Hand gedrückt hat. Es mag ihnen wohl in ihrer Gottähnlichkeit bange geworden sein; vielleicht hat auch der Zar literarische Anwendungen bekommen und hat Goethe zitiert — die ich rief die Geister —

Der Eindruck in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 24. Juli. Die österreichische Note hat auch in Berlin durch den Grad ihrer Energie überrascht. Vielsach hat man eben der Wiener Regierung solche kühle Entschlossenheit garnicht mehr zugestrahlt. Umso lebhafter ist überall die Anerkennung und die Frage, ob für Deutschland die Unterstützungspflicht vorliegt. Ob man sich in Petersburg und Paris nicht scheuen werde, Komplikationen heraufzubeschwören, wird kaum erörtert. Es ist das eben eine Selbstverständlichkeit. Ueberflüssig erscheint es auch, auf die Gegenstände in den Kommentaren dieser Blätter mehr einzugehen, es nämlich die österreichische Forderung der serbischen Souveränität zu nahe trete

oder nicht. Die Haltung der serbischen Verschwörer und der serbischen Presse ist unter den Augen der serbischen Regierung und unter Einschluß der serbischen Regierungsorgane so strupplos gewesen, daß kein Anlaß besteht, die Belaraber Empfindlichkeit jetzt auf die Goldwaage zu legen. Im Gegenteil. Wo das nicht nur in der Tendenz feindselige, sondern auch in seinen Mitteln schändliche verbrecherische Treiben der Großserben vor aller Augen liegt, wird man noch einmal über die große Langmut der österreichischen Regierung staunen und zugleich ehrlich anerkennen müssen, daß die jetzige Aktion wirklich als das Werk einer langen Erwägung und persönlichen Tatkräftigkeit erfolgt ist.

Ob die kurze Fristsetzung von 48 Stunden schon von Anfang an beabsichtigt war oder das Ergebnis einer Schlussabwägung bildet, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall beweist sie die Entschlossenheit zu einer schnellen Klärung der Krise und durch sie werden deshalb die wirtschaftlichen Gefahren einer längeren Unsicherheit vermieden. Die verhältnismäßig feste Haltung der Wiener Börse hat auch schon den Nutzen einer solchen entschlossenen Tat gezeigt.

Sehr erfreulich ist die sofort eingetretene Einmütigkeit in dem ungarischen Parlament. Das dagegen viele tschechische Blätter wegen Serbenfreundlichkeit unterdrückt werden müßten, läßt die Größe der allgemeinen slawischen Gefahr wieder deutlich erkennen. So wird die scharfe Aktion vielleicht in Oesterreich eine viel weitere Klärung bringen, als man beabsichtigt hat. Daß die russische und französische Presse in äußerster Erregung geraten würde, war vorauszuweisen, doch ist immer noch zu hoffen, daß die maßgebenden Faktoren in Paris und Petersburg sich gegen eine Einmischung erklären werden. Die Schritte der österreichischen Fristsetzung gibt zunächst überhaupt nicht viel Möglichkeit für Interventionen und jedes serbische Ausweichen zur Fristverlängerung ist nach der ganzen energischen Erklärung des Grafen Tisza auszuschließen. Natürlich wird eine Beschlusfassung in Paris durch die Reise des Präsidenten Poincaré nicht erleichtert und ebenso sind die Petersburger Streikunruhen in Aussicht dazu angetan, die Beschlüsse der dortigen Regierung mindestens zu verzögern. Es bleibt also nur der Fall, daß die russische Regierung unter dem Druck der Panlawen nach Beginn des österreichisch-serbischen Krieges zugunsten der Serben militärisch vorgeht. Und zwar müßte sie sich eben mit dem Gedanken abfinden, nicht nur als Schützer von Königsmördern das Schwert zu ziehen, sondern auch mit der Gemächtheit, neben Oesterreich-Ungarn nicht zuletzt auch dem Deutschen Reich gegenüber zu stehen. Mit einer solchen ernstlichen Möglichkeit vor Augen möchte man immer noch nicht glauben, woran man aber auf jeden Fall glauben muß: das ist, auch wenn Serbien nachgibt, daß in der gesamten Slawenwelt eine wilde Revandemut gegen das Deutschum Platz greift.

Ansichten der Botschafter in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Berlin, 24. Juli. Bei den zurzeit in Berlin amnestierten Vertretern der Balkanländer hat der Ton der Note den Eindruck der Verblüffung hervorgerufen. Ueber das voraussichtliche Resultat des österreichischen Schrittes gehen die Ansichten auseinander. Darüber aber, daß bei einem event. Kriege dieser Lokalisiert bleiben würde, scheinen sich alle befragten Diplomaten einig.

Das überraschte Serbien.

Belgrad, 23. Juli. Das Amtsblatt veröffentlicht einen vom Kronprinzen-Regenten im Namen des Königs unterzeichneten Ukas, nach dem der Finanzminister Patschu mit der Vertretung des auf einer mehrbätigen Wahlplattationsreise befindlichen Ministerpräsidenten und Minister des Äußeren Parisisch betraut wird.

Belgrad, 24. Juli. Wie das Pressebureau meldet, ist Ministerpräsident Palitsch heute nach Belgrad zurückgekehrt.

w. Belgrad, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das Regierungsorgan „Samurava“ veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem es heißt: Durch die Note, die sehr schwere Bedingungen enthält, wird eine ganz kurze Frist für die Antwort gelassen. Die Lage kann als sehr ernst und kritisch beurteilt werden.

Die Triple-Entente mahnt in Belgrad zum Nachgiebigkeit.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Belgrad, 24. Juli. Hier verlautet, daß die Triple-Entente einen energischen Schritt ihrer Vertreter bei der hiesigen Regierung vorbereitet, um die serbische Regierung zur Nachgiebigkeit zu veranlassen.

Fortsetzung siehe Seite 5.

Die Agendenfrage der badischen Landeskirche.

(Nachdruck verboten.)

Aus dem Unterland wird uns geschrieben: Unter den Aufgaben, die der gegenwärtig tagenden Generalsynode gestellt waren, ist die Beschlußfassung über den vom Evangelischen Oberkirchenrat vorgelegten Agendenentwurf unstreitig die wichtigste und folgenreichste gewesen. Nicht nur bei uns in Baden, sondern auch weit über die gelbten Grenzpfähle hinaus blickte man mit gespannter Aufmerksamkeit auf das Rondell in Karlsruhe, wo die Entscheidung am Donnerstag gefallen ist.

Unter Agende versteht man bekanntlich das Kirchenbuch, das der amtierende Geistliche in den Gottesdiensten und bei den kirchlichen Amtshandlungen wie Laufe, Bestattung, Konfirmation usw. zu benutzen hat. Das in der badischen Landeskirche geltende Kirchenbuch ist seit 1877, also seit 37 Jahren, im Gebrauch. Inzwischen sind in anderen Teilen des Deutschen Reiches neue Agenden erschienen, so 1895 für Preußen, 1904 für Hessen, 1906 für Sachsen, 1908 für evangelische Gemeinden von Universitätsprofessor Dr. Semend-Strasbourg (ein überaus wichtiges und wertvolles Werk!) und im gleichen Jahre für Württemberg. Auch die badische Landeskirche hat das Bedürfnis empfunden, ihr Kirchenbuch einer Revision zu unterziehen, es in seinem Inhalt nach den jetzt vorhandenen kultischen Bedürfnissen zu erweitern und zu ergänzen, sowie in seiner Form dem liturgischen Geschmack und Takt unserer Zeit entsprechend zu überarbeiten. Auf die Aufforderung des Evangelischen Oberkirchenrats hin hat Geh. Kirchenrat Professor D. Bauer, der Heidelberger Ordinarius für praktische Theologie und Direktor des praktisch-theologischen Seminars, diese Gelegenheit in die Hand genommen, unterstützt von den Pfarrern Ebede-Bruchsal, Lizenziat Dr. Frommel-Heidelberg (zugleich außerordentlicher Professor der Theologie), Dr. Merz-Hodenheim und Schlier-Heidelberg. Nachdem in überaus gründlicher und mühevoller Arbeit der Entwurf vollendet war, wurde er von der obersten Kirchenbehörde im Januar 1913 an die Pfarrämter gesandt, damit die Geistlichen sich mit ihm für die Verhandlungen in den Diözesansynoden vertraut machen konnten.

Der neue Entwurf unterscheidet sich von dem bisherigen Kirchenbuch weit mehr als dieses von dem ihm vorangegangenen. War doch die Agende von 1858 in ihrer Art eines der besten Werke der liturgischen Reformperiode des vorigen Jahrhunderts. Im neuen Entwurf ist die bisherige Dreiteilung in Hauptgottesdienste, Nebengottesdienste und heilige Handlungen unverändert gelassen worden. Den Hauptbestandteil der Gebete hat man beibehalten, aber formell überarbeitet und alles, was unserer heutigen Sprachgefühl nicht mehr entspricht, ausgeschieden. Es sind auch gute neue Gebete hinzugekommen, so daß jetzt das Kirchenbuch durch Reichhaltigkeit und Abwechslung alle anderen kirchlich eingeführten übertrifft. Als weitere Neuerung ist die Feuerbestattung berücksichtigt worden. Von größter Bedeutung aber erscheint es, daß der dritte Teil des Entwurfs ein Taufformular ohne das sog. apostolische Glaubensbekenntnis enthält. Dagegen haben sich bekanntlich Orthodoxe und Gemeinschaftsleute scharf gewendet. Die letzteren haben sogar mit einer Sprengung der Landeskirche gedroht, falls das Apostolikum nicht mehr bei der Taufe gebraucht werden sollte.

Es erscheint notwendig, hier kurz auf die Entstehung dieses heftig umstrittenen Bekenntnisses hinzuweisen. Im Neuen Testament findet sich nirgends ein formuliertes Glaubensbekenntnis als Gemeindebekenntnis, und im Morgenland besaß man in der ältesten Zeit nur formelhafte Sätze. Ein festes christliches Glaubensbekenntnis hat erst die römische Gemeinde geschaffen und zwar um die Mitte des zweiten Jahrhunderts. Seit dem vierten Jahrhundert leitete es Rom direkt von den 12 Aposteln her und behauptete, Petrus habe es nach Rom gebracht. Dieses römische älteste nachweisbare Glaubensbekenntnis unterscheidet sich deutlich von dem späteren apostolischen Glaubensbekenntnis. Unser heutiges sog. apostolisches Bekenntnis erscheint erst gegen Ende des fünften Jahrhunderts in der süd-gallischen Kirche und hat aus kirchenpolitischen Gründen seit Anfang des sechsten Jahrhunderts in der römischen Kirche ihr bisher so treu bewahrtes Glaubensbekenntnis verdrängt. Das ist der geschichtliche Befund der historischen Wissenschaft. Bei dieser Gelegenheit sei ferner daran erinnert, daß das Apostolikum in der griechisch-orthodoxen Kirche, in der Brüdergemeine, in den reformierten Kirchen in Deutschland und in der Schweiz fehlt und daher überhaupt nicht gebraucht wird.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 16 Seiten.

Woher kommt es nun, daß in weiten Kreisen der Kirche, bei Pfarrern und Gemeindegliedern, der fakultative Gebrauch dieses römisch-gallicischen Bekenntnisses angestrebt wird, wie er z. B. seit 1912 in Würtemberg besteht? Weil man nicht haben will, daß dem Wahrheitsfimmel in den heiligsten Angelegenheiten Gewalt angetan werde. Die protestantische Kirche hat eine Entwicklung durchgemacht und sich vom Standpunkt dieses Bekenntnisses mehr oder minder entfernt. Auch von positiven Theologen, namentlich von den „modern-positiven“, sind über Höhenfahrt, leibliche Himmelfahrt, Wiederkunft Jesu, Auferstehung des Fleisches ganz andere Gedanken und Auffassungen vertreten und bekannt geworden, als im Apostolikum geschichtlich niedergelegt sind und als positive Sätze und die Gemeinschaftslehre von ihnen erwarten. So hat erst kürzlich das Gemeinschaftsblatt „Licht und Leben“ gefragt, ob der Führer der preussischen Orthodoxie, Professor Seeberg-Berlin, noch ein Recht habe, sich positiv zu nennen. Der Segen der Taufe und der christlichen Erziehung hängt nicht davon ab, ob wir die Formeln längst vergangener Zeiten für durchaus richtig halten, sondern ob wir unser Vertrauen auf Gott setzen und danach trachten, gesinnt zu sein, wie Jesus Christus es war. Die moderne Kirchenaustrittsbewegung hat nicht von ungefähr verschiedene Lehren der Bekenntnisse hervorgehoben, um auf Grund derselben die Kirche zu bekämpfen. Keine Frage, daß dieser Angriff die Kirche an einer sehr wunden Stelle trifft. Apostel Paulus schrieb die Worte: „Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig.“ Nun das hat die Kirche oft genug ver-
 gessen.

Der Antrag auf fakultativen Gebrauch des Apostolikus ist bei uns in Baden vor mehreren Jahren in Mannheim von dem verstorbenen Robert Bassermann gestellt worden, und er hat leidenschaftliche Bekämpfung erfahren. Dann ist von der letzten General-synode mit 30 gegen 24 Stimmen beschlossen worden, es möge unbeschadet des Bekenntniszwangs unserer Landeskirche für Taufe und Konfirmation auch ein Parallelförmelium geschaffen werden, das das Apostolikum nicht enthält. Die oberste Kirchenbehörde war der Ansicht, daß ein Ersatzbekenntnis gebraucht werden solle und schlug als solches folgende Zusammenfassung der hauptsächlichsten Grundgedanken des Evangeliums vor: „Heilig ist unser Gott, Himmel und Erde sind sein Werk. Ohne Maß ist seine Liebe, und Sünden zu retten sein gnädiger Wille. Darum hat er uns den Heiland gesandt, den eingeborenen Sohn, Jesus Christus, den sündlosen, der unser Bruder worden ist und uns ein Vorbild gelassen hat: durch sein Sterben und Auferstehen sind wir unserer Kindheit gewiß. In der Kraft des heiligen Geistes sind Vater und Sohn bei uns, daß wir erweckt werden zum Glauben, zur Hoffnung, zur Liebe. Auch in Leiden und Tod sind wir getroßt als die Segneten des Herrn und warten des himmlischen Erbteils.“ Als Verfasser vermutete man zuerst den Bräutaten. Dann wurde bekannt, daß es der gleichfalls orthodoxe Oberkirchenrat Mayer verfaßt habe. Segen ihn wandten sich, wie durch die Blätter ging, seine orthodoxen Gesinnungsgenossen in scharfer Weise; er ist ihnen aber, was bei seiner temperamentvollen Persönlichkeit zu erwarten war, die Antwort nicht schuldig geblieben. Die Stellungnahme der Gemeindeführer war, wie bereits bemerkt, glatt ablehnend. Wer die Artikel der Kirchenblätter unserer kirchlichen Parteien über die Agendenfrage im allgemeinen und die Apostolikusfrage im besonderen verfolgt hat, der mußte wünschen, daß auch einmal von der Gemeinde ein Friedenssonntag — für manche Pfarrer beantragt werde. Von positiver Seite ist der Kampf, wie schon bemerkt, sehr scharf geführt worden. In einem Aufruf des Allgemeinen positiven Verbandes zu seinem zweiten Kongress in Heidelberg hieß es: „Die General-synode unserer Landeskirche wird in diesem Jahre in der Apostolikusfrage zu entscheiden haben, ob sie sich von dem Boden der Bibel und der Reformation lösen und damit ihre Einheit und den Zusammenhang mit den anderen evangelischen Kirchen in Frage stellen will.“ Die kirchlich-liberale Vereinigung wies auf ihrer Landesversammlung diese Behauptung zurück und betonte: „Wir sind uns bewußt, auf dem Boden der Bibel und der Reformation zu stehen, gerade indem wir für die Aufhebung des Apostolikuszwangs eintreten.“ Die Landeskirchliche Vereinigung hat auf ihrer Karlsruher Jahresversammlung am 1. Juli erklärt, sie wolle den Positiven und ihren Wünschen soweit als möglich in der endgültigen Gestaltung der neuen Agende entgegenkommen, empfehle aber Formulare mit abgekürztem Apostolikum nach dem von ihr gemachten Vorschlag und gebe auch einem aus Bibelworten zusammengesetzten Bekenntnis die Zustimmung.

Wie im „Karlsruher Tagblatt“ vom 22. Juli mitgeteilt worden ist, hat die Kultuskommission der General-synode das oberkirchenrätliche Ersatzbekenntnis fallen lassen. Das war vorauszusehen, denn auch von liberaler Seite konnten gegen Form und Inhalt gewichtige Bedenken geltend gemacht werden. Im Grunde hat es eigentlich nur wenige befriedigt. Weit besser und brauchbarer erscheint das von liberaler Seite neu aufgestellte, aus Bibelprüchen zusammengesetzte Bekenntnis, das die Kommission mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen hat. Sodann hat die Kultuskommission den bedeutsamen Entschluß gefaßt, daß nicht der Geistliche für sich allein, sondern der Kirchengemeinderat zu bestimmen habe, ob das Tauf-formular mit diesem Ersatzbekenntnis zu gebrauchen sei. Von der Linken wurde ein weitgehendes Entgegenkommen an den Tag gelegt. Die

Rechte hat im Plenum durch Herrn von Hollander die Erklärung abgeben lassen, sie protestiere dagegen, daß durch die Zulassung eines anderen Bekenntnisses neben dem Apostolikum die Bekenntnisfrage der Kirche in Frage gestellt werde. Diese Haltung veranlaßte den Präsidenten D. Helbing, gegen diesen Protest der Rechten entschiedene Verwahrung einzulegen; er sei ein Mann der Bibel und lege deshalb den größten Wert auf das vereinbarte biblische Bekenntnis. Es sei hier auch auf die Erklärung des zweiten (positiven) Berichterstatters, Pfarrer Bender, hingewiesen: „Wir bestreiten die Gleichberechtigung der Liberalen mit uns!“ Das ist das positive Echo auf den auch im kirchlichen Parteiorgan angeführten Passus in der Eröffnungsrede des Oberkirchenratspräsidenten: „Beide Richtungen sind im Recht!“

So ist die Agende zur endgültigen Bearbeitung einem Ausschuss übergeben worden. Was dabei herauskommen wird, vermag heute niemand zu sagen. Das Schicksal des Katechismenentwurfs braucht sich nicht bei der Agende zu wiederholen. Jedenfalls wird man der Hoffnung Ausdruck verleihen dürfen, daß diese wichtige Angelegenheit in einer Weise entschieden wird, die frei ist von unevangelischem Geist und die der badischen Landeskirche zum Segen gereicht.

Evangelische General-synode.

11. Öffentliche Sitzung.

(Eigener Bericht.)

— Karlsruhe, 24. Juli.

Präsident Uibel eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr und teilt mit, daß er den von der General-synode angenommenen Antrag wegen Einführung der Sonntagsruhe dem Reichstag zugeleitet habe. Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet namens des Ausschusses für den Hauptbericht Abg. Specht über die Eingabe Wierichs-Mannheim auf Einführung eines Sonntagstages. Der General-synode wird von dem Petenten ein Antrag unterbreitet, nach welchem sie beschließen möge, daß der 31. Oktober (Reformationstag) durch gesetzliche Bestimmung als Schulfesttag eingeführt wird. Der Ausschuss beantragt Ueberragung zur Tagesordnung. Abg. D. Thoma unterstützt das Gesuch. Präsident D. Helbing entgegnet, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in dieser Frage wohl nichts zu erreichen sei.

Das Haus nimmt sodann den Antrag einstimmig an. Hierauf beginnt die Beratung des vom Evangelischen Oberkirchenrat vorgelegten Hauptberichtes.

Berichterstatter des Ausschusses für den Hauptbericht ist Abg. Ludwig, der sich in ansprechender Weise seiner Aufgabe entledigt. Der Hauptbericht bezieht sich zunächst der Silberhochzeit unseres Großherzogspaares, des Jubiläums der Befreiungskriege, des 50jährigen Regierungsjubiläums des Deutschen Kaisers, des Ablebens des Großherzogs von Luxemburg und des Herzogs Georg Wilhelm von Braunschweig. Dann werden die Veränderungen im Oberkirchenrat besprochen: das Ableben verschiedener hochbedeutsamer Männer, das 50jährige Dienstjubiläum Seiner Exzellenz Geheimrat D. Helbing u. a. Der Bericht zählt hierzu die Neu- und Umbauten von Kirchen auf; der Ausschuss regt an, es mögen künftighin die Pfarrhausbauten und Umbauten ebenfalls in den Hauptbericht aufgenommen werden. Weiter befaßt sich der Bericht mit den Veränderungen in den Pfarreien und mit den Austritten aus der evangelisch-protestantischen Landeskirche; der Berichterstatter gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Austritte wegen der Kirchensteuer recht gering sind. Der Ausschuss stellt an den Oberkirchenrat die Bitte, aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Basler Missions-Gesellschaft eine außerordentliche Landeskollekte zu veranstalten.

Präsident D. Helbing entgegnet, der Wunsch des Ausschusses hinsichtlich der Pfarrhausbauten begegne nicht besonderen Anständen. In der allgemeinen Aussprache über den ersten Abschnitt des Hauptberichtes (Chronik) gibt Abg. Dr. Menton einen interessanten Ueberblick über die Geschichte der Basler Missionsgesellschaft im ersten Jahrhundert ihres Bestehens. Der badische Oberkirchenrat hat im Gegensatz zu den Oberkirchenräten anderer Staaten der Basler Mission ziemlich Wohlwollen entgegengebracht. Der Redner fordert die deutsche evangelische Christenheit auf, diese Missionsgesellschaft nach Kräften zu unterstützen, damit sie in der Lage sei, ihr großes Werk, das schon so viele Erfolge errungen habe, fortzusetzen und immer weiter auszubauen.

Präsident D. Helbing gibt Auskunft über verschiedene Anfragen. Abg. Hesselbacher bringt Wünsche über die Art der Kirchenbauten vor; namentlich wünscht er, daß etwas moderner gebaut wird. Präsident D. Helbing hat dagegen keine wesentlichen Einwände zu machen. Abg. Barner, Abg. Dr. Kampp bringen in der Hauptrede Wünsche lokaler Natur vor. Abg. Wirth äußert sich zu der Besetzung der theologischen Lehrstühle in Heidelberg und bedauert, daß der Kultusminister auf sein Recht gegenüber einem Fakultätsvorschlag verzichtet hat. Weiter bedauert der Redner, daß dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats kein anderes Recht zustehe, als unter den Vorgesetzten diesen oder jenen als der Kirchenbehörde lieb und annehmlich zu bezeichnen. Die Positiven bedauern, daß der Kultusminister ihre Wünsche nicht berücksichtigt hat. Präsident D. Helbing entgegnet, man müsse dankbar anerkennen, daß die Regierung den Präsidenten des Oberkirchenrats um seine Meinungsäußerung ersucht, und wünschen, daß das in Zukunft auch so bleibe.

Abg. Ludwig berichtet über den zweiten Abschnitt des Hauptberichtes (General-synode), der zunächst die von der General-synode des Jahres 1909 angenommenen Gesetze, die die Genehmigung des Großherzogs gefordert haben, aufzählt und dann die veränderten in jener Synode beraten und angenommenen Anträge.

Eingaben usw. bepricht. Wir nennen daraus: Eingabe des Vereins für Frauenstimmrecht um Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen, die Wahl der Wahlmänner für die General-synode, Einführung eines gemeinsamen Totengedenktages, die Herausgabe einer Sammlung von geistlichen Volks- und Kirchenliedern als Anhang zum Gesang- und Choralbuch. Beschlüsse wurden damals gefaßt über die Dringlichkeit, Beseitigung der Pfarrer, Abendmahlsfeier. Zum Schluß werden die jener Synode unterbreiteten Entwürfe, soweit sie angenommen wurden, besprochen.

In der Aussprache beteiligten sich Abg. Meerwein, Geh. Rat Dujard, Abg. Ruzinger, Abg. Baumann, Abg. Karl und Präsident D. Helbing.

Abg. Ludwig berichtet weiter über die Kirchenordnung. Die vorgeschriebenen Kirchenvisitationen sind im ganzen pünktlich und in den meisten Fällen von den Defanen selbst gehalten worden. Die Dekanatsvisitationen wurden durchweg von Mitgliedern der Oberkirchenbehörde vorgenommen. Die Frühgottesdienste, die in einzelnen Städten eingeführt worden waren, wurden namentlich im Sommer gut besucht. Auch die Abendmahlsfeiern erfuhren manche Vermehrung. Das Verständnis und Bedürfnis für Jugendgottesdienste wächst. Die Christenlehre, das Schmerzenskind der Gemeinden, hat in den letzten Jahren weniger Anlaß zu Klagen gegeben. Die für die Jugendgottesdienste immer häufiger gewählte Abendstunde hat den Besuch erheblich gesteigert; in manchen Gemeinden wurden neben den Jugendgottesdiensten Bibelfunden eingerichtet. Der fröhliche Chorgesang findet in den Kirchensöden, die wohl ziemlich ausnahmslos zum Evangelischen Kirchengesangverein Baden zusammengeschlossen sind, eifrige Pflege. Der Gesang bei Begräbnissen ist infolge der durch die Schulordnung geschaffenen Erleichterungen in den Landgemeinden immer mehr in Abgang gekommen. In der Diaspora wurden im Laufe der Berichtsperiode fünf neue Pfarroberstehtellen errichtet und von ihnen eine (Wehr) zur Pfarrei erhoben. Neue Bezirkseinteilungen steten nötig in Mannheim und Pforzheim.

In der Aussprache gibt Prälat Schmitt-henner eine längere Erklärung ab, über die Kirchenvisitationen in den großen Städten. Es werden im Oberkirchenrat Versuche erwohnen, in den großen Städten die Visitationen auf die einzelnen Kirchengemeinden zu beschränken; es soll nur eine Seelforgeemeinde mit einer Kirche in die Visitation einbezogen werden. In der weiteren Aussprache regt Abg. Karl an, die Kirchenvisitationen statt alle 4 alle 5 bis 6 Jahre vorzunehmen. Präsident D. Helbing sagt Verwahrung dieses Wunsches zu. Abg. Maas widerspricht der Anregung Karls.

Abg. v. Hollander schildert die Erfahrungen, die man in Mannheim bei der Einführung des Einzelleses bei der Abendmahlsfeier gemacht hat.

Die Abg. v. Schoepffer, Kaufmann und Camerer sprechen über Jugendgottesdienste, Abg. Hollander über Jugendgottesdienste, worauf Abg. Bender namens der General-synode dem Prälaten Schmitt-henner den Dank anspricht für sein unermüdeliches Eintreten für die Jugendgottesdienste und für die Jugendpflege. Prälat Schmitt-henner dankt dafür.

Abg. Dr. Menton kommt auf die Konfirmationsordnung zu sprechen. Die Abg. Stoeffler, Freiherr Göler von Ravensburg, Maas, van der Floe verbreiten sich über Jugendgottesdienste, evangelische Männerabende u. dgl.

Sodann folgen die Wahlen. In den General-synodal-Ausschuss werden gewählt: Uibel, Holbermann, v. Hollander und Kühlewein; Ersatzmänner: Singer, Ruzinger, Camerer und Kaufmann. — In den Agende-Ausschuss: D. Bauer, Hesselbacher, Bender und Pfarrer Herrmann; Ersatzmänner: Maas und Kühlewein. — In den Verfassungs-Ausschuss: Frey, v. Göler, Defan Herrmann, Holbermann, v. Hollander, Jolly, Dr. Kaiser, v. Schoepffer und Barth; Ersatzmänner: Daus, Dr. Kampp, Keller und Köhler. — In den Katechismus-Ausschuss: Baumann, Camerer, Dr. Frommel, Kühlewein, Ruzinger und D. Thoma; Ersatzmänner van der Floe, Glatt, Vollenbach und Defan Schmitt-hemer.

Die Vorschlagslisten fanden die Zustimmung der Synode. Präsident D. Helbing teilt hierauf mit, daß der General-synodal-Ausschuss morgen, Samstag, nach Schluß der Sitzung seine 1. Sitzung abhalten werde. Die übrigen Ausschüsse werden erst im November zusammentreten und ihre Beratungen aufnehmen.

Sodann wird nach 11 Uhr die Sitzung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

Schluß 11 Uhr.

Nachmittags-sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung durch Präsident D. Uibel wird in der Besprechung des Hauptberichtes fortgefahren.

Abg. Dr. Fath will eine stärkere Beteiligung der Gemeinde am Kirchengesang. Nach einigen erläuternden Bemerkungen des Präsidenten D. Helbing und nach einigen Ausführungen des Abg. Ruzinger bittet Abg. Dr. Fath, man solle fromme christliche Mädchen dem Diakonissenhaus in Freiburg zuweisen, da die Diakonissen in der Diaspora beinahe ausschließlich gute Arbeit leisten. Sodann wird die vom Ausschuss beantragte Entschleunigung angenommen, nach der die General-synode ihrer Freude darüber Ausdruck gibt, daß sich die Diaspora so glücklich entwickelt; dem Oberkirchenrat wird für seine Tätigkeit auf diesem Gebiete gedankt.

Abg. Bender teilt mit, daß die Positiven einen Antrag auf Vordering des Parochialzwangs beim Verfassungsausgang einreichen werden.

Nach weiteren Ausführungen des Präsidenten D. Helbing, der bemerkt, er sieht dem Antrage entgegen, und des Abg. Dr. Fath fährt Berichterstatter Ludwig fort und berichtet über Abschnitt „Kirchliche Leiter“. Der Zugang zur evangelischen Geistlichkeit weist eine Abnahme auf. Gestorben sind von 1908 bis 1913 im ganzen 48 Geistliche, in den Ruhestand versetzt wurden 27, auf Ansuchen entlassen 9 Pfarrer und 20 uneheliche Geistliche. Dem Gesamt-zugang von 93 steht ein Abgang von 77 gegen-

über, wobei zu berücksichtigen ist, daß in der Berichtsperiode 11 neue Pfarrstellen errichtet wurden. Von außerbadischen Pfarrkandidaten sind 4 angenommen worden. Am 1. Januar 1914 waren 399 Pfarrstellen besetzt, 27 wurden verwalet; dazu kommen noch 3 Pfarrer bei der Armee und 4 an Staatsanstalten, so daß die Zahl der endgültig angestellten Geistlichen im ganzen 406 beträgt. Pfarrkandidaten waren 128 vorhanden, von denen sich 19 aus verchiedenen Gründen (Krankheit, Militär usw.) gegenwärtig nicht im Dienste befinden und 2 noch nicht verwendet sind. Von der durch das Gesetz geschaffenen Möglichkeit der Wählung der Stollgebühren haben weitere 33 Gemeinden Gebrauch gemacht. Förmliches Disziplinarverfahren mußte in 3 Fällen eingeleitet werden.

In den Vortrag knüpft sich eine längere Aussprache, in der sehr eingehend die pädagogische Vorbildung der Geistlichen behandelt wird. Geh. Kirchenrat D. Bauer regt dabei an, die Theologiestudierenden sollen mindestens ein halbes Jahr im Seminar in Heidelberg zubringen müssen und dabei nicht nur zuhören, sondern selbst Unterricht erteilen. Im weiteren Verlauf dankt Abg. Bender dem Oberkirchenrat für die weitestgehende Unterstützung bedürftiger Geistlicher.

Berichterstatter Ludwig berichtet hierauf über das christliche Gemeindeleben. Der Bericht enthält, statistische Angaben über Kirchgänger, Abendmahlsfeier, Kirchenopfer, Kollekten, uneheliche Geburten, ungelauft gebliebene Kinder, ungetraut gebliebene Paare.

Abg. v. Schoepffer spricht über die gemischten Ehen, Abg. Ruzinger über die Verwirklichung der kirchlichen Blätter, namentlich der evangelischen Gemeindeblätter. Der Redner bedauert dann, daß die evangelische Kirche gegebene Gelegenheiten nicht praktisch auszunutzen weiß, und auf diese Weise in vielen Dingen in den Hintergrund gerate. Nach einigen Ausführungen des Abg. Pfarrer Herrmann, der das Institut der Gemeindeführer empfiehlt, bestirmt Abg. Hesselbacher den weiteren Ausbau des Ev. Gemeindevotens, worauf Abg. Defan Herrmann auf die Jugendpflege näher eingeleitet, neben der nationalen ist eine fröhliche Jugendpflege unablässig notwendig. Abg. v. Hollander bedauert, daß die evangelischen Jugendvereine eine nicht, wie die katholischen, dem Jung-Deutschland angehörenden, und legt die Maßnahmebestimmungen dar. Abg. Specht macht Mitteilungen über den Bund deutscher Jugendvereine.

Abg. Ludwig fährt in der Berichterstattung fort. Die betreffenden Anstalten zur Betätigung christlicher Wohltätigkeit haben weitestgehende Erweiterungen. Die Versorgung der Gemeinden mit Krankenpflegestationen ist in freiem Wachstum begriffen. Der Schluß des Berichtes befaßt sich mit den Sekten, den Gemeindeführern und dem Verhältnis der evangelischen zur katholischen Kirche. Zur Frage der Mischehen empfiehlt der Ausschuss, Anträge zu erlassen, in denen die Eltern angefordert werden, ihre Kinder über die gemischten Ehen aufzuklären. Der Berichterstatter unterbreitet zum Schluß der Berichterstattung folgenden Antrag des Ausschusses: „Dobte Synode soll, vier zehnjährigen, pflichttreuen Arbeit unserer Oberkirchenbehörde auf allen Gebieten des kirchlichen Lebens unseres Landes mit aufrichtigem und dankbarem Herzen Dank und Anerkennung.“

Abg. Defan bestirmt den Schluß der Minoritäten durch den Oberkirchenrat.

Abg. Freiherr Göler von Ravensburg tritt unter dem Beifall der Rechten für die Gemeindeführer ein, ebenso Pfarrer Herrmann. Weiter spricht Abg. Reiff, worauf Abg. Stoeffler die Ausführungen des Abg. Ruzinger hinsichtlich der Leistungen der evangelischen Kirche unterbreitet.

Abg. D. Thoma bringt folgende zwei Anträge (Scheidungs- und Zulassung der Minoritäten) ein:

1. „Die Evangelische General-synode spricht die Hoffnung aus, daß die badische Staatsregierung bei der Behandlung der Klosterfrage die Rücksicht auf die evangelische Bevölkerung und den funktionellen Frieden in Betracht zieht.“
2. „Die Evangelische General-synode spricht den Wunsch aus, daß die badische Staatsregierung einer Aufhebung oder weiteren Umgestaltung des Jesuitengesetzes nicht zustimmen werde.“

Diese beiden Anträge werden einstimmig und ohne jede Ausprache angenommen; ebenso findet der Antrag des Ausschusses einstimmige Zustimmung.

Präsident D. Helbing erklärt in längerer Aussprache, daß der Oberkirchenrat stets mit bei allen Anlässen den Gemeinschaften gegenüber die freundlichste Stellung eingenommen hat. Der Jugendpflege wird die Oberkirchenbehörde ein solches Verständnis entgegenbringen. Zum Schluß überträgt Seine Exzellenz den Dank und Anerkennung auf seine Mitarbeiter im Oberkirchenrat.

Hierauf wird die Sitzung gegen 1/8 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Samstag, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung: Katechismus, Eingaben.

12. Tagung der Führer und Vertreter Deutscher Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz.

n. Heidelberg, 24. Juli. Aus allen Teilen Deutschlands sind etwa 3000 Führer und Vertreter der Deutschen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz zum Kongress, der vom 23. bis 28. Juli hier tagt, eingetroffen. Bei dem Begrüßungsbanquet gestern Abend in der Stadthalle waren gegen 2000 Teilnehmer erschienen. Nach den einleitenden Musikvorträgen hielt der zweite Vorsitzende, Oberstabsarzt Dr. Cerny, die Vertretung des ersten Vorsitzenden, Geh. Regierungsrat Jolly, die Teilnehmer an der deutschen Tagung herzlich willkommen. Sodann begrüßte der zweite Vorsitzende des Ausschusses der Führer und Vertreter badischer Sanitätskolonnen, Landtagsabgeordneter Dr. Gerber, die Teilnehmer der Kameraden, und hieß sie willkommen bei Baden. Zum Schluß kam der Redner auf den hohen Protektor der Tagung, den Großherzog von Baden und den kaiserlichen Kaiser zu sprechen, auf die er ein begeistertes aufgenommenes Hoch ausbrachte. Vom Großherzog und der Großherzogin Luise

waren Begrüßungstelegramme eingetroffen. Beide wünschten der Tagung besten Erfolgs. In einer weiteren Ansprache hieß Oberbürgermeister Walz die Teilnehmer des Kongresses im Namen der Stadt Heidelberg willkommen. Unter turnierischen Vorführungen und gemeinsamen Liedern nahm das Banquet einen glänzenden Verlauf.

Heute früh 9 Uhr begannen die Verhandlungen im großen Saale der Stadthalle. Geh. Medizinalrat Dr. Hensgen-Siegen eröffnete die Tagung, sprach dem Großherzog, der noch in letzter Stunde abgefaßt hatte, den Dank aus für die Übernahme des Protektorats und brachte ein Hoch auf sämtliche Bundesfürsten aus. Im Namen der Badischen Regierung hieß Geh. Oberregierungsrat Pfisterer-Karlsruhe die Teilnehmer willkommen. Oberbürgermeister Walz im Namen der Stadt Heidelberg.

Oberstadtsarzt a. D. Sanitätsrat Dr. Gramer-Berlin-Behlendorf, 1. Schriftführer der Tagung, verlas das Protokoll über die 11. Tagung in Leipzig 1912.

Der erste Vorsitzende erläuterte den Jahresbericht. Die Zeit seit der letzten Tagung zeigt eine ruhige erfreuliche Weiterentwicklung des Kolonnenwesens. Auf dem Gebiete der ersten Schritte machte das Kolonnenwesen weitere Fortschritte durch Zusammenwirken mit den Berufsvereinigungen.

Es folgte der erste Vortrag des Geh. Medizinalrats Dr. Hensgen über die Notwendigkeit der Gewinnung einer größeren Zahl gut geschulter Krankenpfleger. Dr. Hensgen stellt in seinem Vortrage folgende Forderungen auf, zu denen die Sanitätskolonnen Stellung nehmen sollen: Er fordert eine intensiver Ausbildung ihrer Mitglieder in der Krankenpflege und praktische Unterweisung, mit einem Worte: Helfer der Krankenpflege, in halbjähriger Ausbildung und endlich Umkehr in die Ausbildung während eines ganzen Jahres zu fördern.

Der Korreferent, Dr. Strobe-Karlsruhe, fordert, möglichst viele Kameraden nicht nur als Krankenträger, sondern auch theoretisch und praktisch als Krankenpfleger auszubilden. Endlich ist dahin zu streben, daß den in verschiedenen, halb- und ganzjährigen Kursen ausgebildeten Krankenpflegern ein äußeres Abzeichen zuteil wird, wie etwa jenem der Weibchen und Unteroffiziere. Die Vorschläge wegen des ersten Vortrages sind folgende: Empfohlen wird eine verteilte Vorbildung in der Krankenpflege von solchen Mitgliedern, die zur praktischen Ausbildung in Krankenhäusern geeignet erscheinen und bereit sind. Zu diesem Zweck soll eine Kommission gebildet werden, die Vorschläge zur Erreichung dieses Zwecks zu unterbreiten hat. Der Vorsitzende wird ermächtigt, wegen der Zusammenziehung der Kommission mit den Kolonnen in Verbindung zu treten.

Der zweite Redner, Sanitätsrat Dr. Liebeschütz-Deisau, sprach über die beste Art der Alarmierung der Sanitätskolonnen. Die Diskussion war sehr lebhaft. Es wurde beschlossen, anzustreben: 1. daß den Kolonnenmitgliedern von ihren Arbeitgebern ein für allemal gestattet wird, bei Alarm ihre Arbeitsstätte sofort zu verlassen; 2. daß den während ihrer Arbeitszeit alarmierten Kolonnenmitgliedern der verloren gegangene Arbeitsverdienst nach den Sätzen des Stundenlohns ersetzt wird.

Der dritte Redner, Geschäftsführer Hermann-Altena i. B. sprach über: Das sogenannte Schneide-Verfahren im Weichen des roten Kreuzes. Bei größeren Eisenbahnkatastrophen mit Verbringung von Wagnen sind zur Rettung von Menschen auch Apparate erforderlich zur Trennung der die Verunglückten umschließenden Elemente.

In der Diskussion wird die Zweckmäßigkeit des Apparates von Freiherrn v. Reichenbach-München angewandt. Der Apparat sei auch zu neuer, und außerdem sei es nicht Sache der Sanitätskolonnen, einen solchen Apparat zum Gebrauche einzustellen, sondern Sache der Eisenbahnerverwaltung.

Am Sonntag vormittag findet eine Uebung unter Heideberger freiwilligen Sanitätskolonnen unter Mitwirkung der übrigen Kolonnen des Landesbezirks, sowie der Helferinnen vom Badischen Frauenverein statt.

Aus Baden.

Hofbericht.

Karlsruhe, 24. Juli. Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute in Badenweiler den Minister Dr. Böhm zur Vortragserhaltung.

Ämtliche Mitteilungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hat sich demogen gefunden, dem Herzoglich Anhaltischen Leutnant Paul Maerker in Dessau das Ritterkreuz 1. Klasse und dem Russischen Archimandriten 2. Klasse in Baden-Baden das Kommandeurkreuz des Ordens vom Jahringel Löwen, dem Leutnant Dr. Wilhelm Steintopp an der Rheinischen Hochschule hier den Titel außerordentlichen Professors zu verleihen, dem Geheimen Hofrat Dr. Erlauben in Davos die untertänigst nachgesuchte Verleihung des königlich Preussischen Kronenordens 2. Klasse, dem Direktor der Markgräflichen Kaiserlich Russischen St. Anna-Ordens zweiter Klasse Geh. Oberregierungsrat Eduard Schöner die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen russischen St. Anna-Ordens zweiter Klasse Geh. Oberregierungsrat Otto Ziegler bei der dieser Anlaß zu ernennen.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzogs, der Justiz und des Auswärtigen wurde dem Titul. Hofsekretär Richard Lötterle in Pforzheim der Titel Hofsekretär verliehen.

Das Ministerium des Innern hat den Amtsaktuar Leopold von Briel beim Landeskommissar in Konstanz zum Bezirksamt Konstanz versetzt.

Der Großherzogliche Verwaltungshof hat den Finanzassistenten Joseph Ziegelmüller bei der Stellvertretung des Hofsekretärs zum Verwaltungssekretär ernannt.

Personal-Veränderungen im Bereiche des 14. Armeekorps.

Der Abschied bewilligt: dem Hauptmann Swan d. Ref. d. 5. Bad. Inf.-Regis. Nr. 113 (Strasbourg), m. d. Erlaubn. z. Tr. fr. bish. Umf. Zum Leutnant der Reserve befördert: dem Witzwachtmeister: Epting (Höchi), d. Bad. Train-Abt. Nr. 14, die Witzschmiedel: Deg (Karlsruhe), d. Bad. Pion.-Bats. Nr. 14, Neuhäusen (I Königsberg), d. Luftsch.-Bats. Nr. 4.

Im Sanitätscorps.

Zum Oberarzt befördert: der Assistenzarzt der Reserve: Dr. Neumann (Heidelberg); der Assistenzarzt der Landw. 1. Aufgeb.: Dr. Pfanz (Offenburg). Der Abschied mit der Erlaubnis zum Tragen seiner bish. Uniform bewilligt: dem Stabsarzt der Landw. 2. Aufgeb.: Dr. Damlöcher (Karlsruhe).

Im Veterinärkorps.

Zum Veterinär befördert: der Unterveterinär der Reserve: Dr. Wögel (Mosbach).

— Mannheim, 24. Juli. Bei den Erweiterungsarbeiten in der Kohlenförderanlage der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen sind gestern vormittag zwei Arbeiter der Firma Adolf Bleicher & Co. in Leipzig 18 Meter tief abgestürzt. Ein Mann ist tot, der andere wurde schwer verletzt.

rr. Mannheim, 24. Juli. (Sig. Drahtbericht.) Der Internationale Eisenbahnen-Gesellschaft, dem alle Länder der Erde angehören, die Eisenbahnen besitzen, wird seine nächste alle 5 Jahre stattfindende Tagung vom 23. Juni bis 6. Juli n. J. in Berlin abhalten und im Anschluß daran in verschiedenen Gruppen Studienreisen unternehmen, von denen eine in das Großherzogtum Baden führt. Unter andern ist auch ein Besuch der Stadt Mannheim vorgesehen. Das Programm hierfür ist kürzlich in einer Versammlung von Vertretern der Generaldirektion der Großb. Bad. Staatsbahnen und der Mannheimer Handelskammer feigelegt worden und wurde in der letzten Stadtratssitzung genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden in das nächstjährige Budget eingestellt. — Nach einem Bericht der Sparkassenkommission hat der Badische Sparkassenverband auf seiner letzten Tagung die Gründung eines Giroverbandes für die ihm zugehörenden Banken beschlossen. Der Stadtrat erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß der Giroverkehr bei der städtischen Sparkasse eingeführt wird und die Sparkasse dem zu gründenden Giroverband der badischen Sparkassen beiträgt. Die Aufnahme des Giroverkehrs durch die Sparkasse macht eine Ergänzung der Sabonnen notwendig. — Die Rhein-Hardt-Bahn G. m. b. H. wird das Projekt einer Bahn von Dagersheim über Studernheim nach Frankenthal, ferner für eine Bahn Rheingönheim-Walbes nach Speyer und außerdem auf Anregung der Stadt Speyer ein Projekt über eine Bahn von Speyer über Bergshausen, Heiligenstein nach Weichersheim anfertigen lassen. Die Baukosten der Linie Dagersheim-Frankenthal sind auf 880 000 M., die der Linie Rheingönheim-Speyer auf 2 050 000 M. und die der Linie Speyer-Weichersheim auf 770 000 Mark veranschlagt. Die Rhein-Hardt-Bahn glaubt, daß Projekt einer Linie Speyer-Weichersheim wegen vollständiger Unrentabilität zunächst nicht weiter verfolgen zu sollen. Von den Kosten der Linie Dagersheim-Frankenthal sollen aufgebracht werden: 500 000 M. durch Stammanteile, der Rest durch Ausgabe von Obligationen oder durch Aufnahme eines Anlehens nach den Vorschlägen der Gesellschaft. Es wären zu übernehmen: von der Stadt Frankenthal 200 000 M., von der Stadt Bad Dürkheim 50 000 Mark, von Ludwigshafen 150 000 M., von Mannheim 100 000 M. Die Baukosten der Linie Rheingönheim-Speyer sollen derart aufgebracht werden, daß 1 200 000 M. von den beteiligten Städten übernommen werden und der Rest durch Ausgabe von Obligationen oder durch Aufnahme eines Anlehens gedeckt wird. Der Stadtrat erklärt sich vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses zur Uebernahme von weiteren Anteilen i. S. von 500 000 M. einverstanden.

Wolfsch, 24. Juli. Beim Herunterrutschen am Treppengeländer stürzte der 12jährige Sohn des Maurers Wöhrle ab und zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu.

Waldkirch, 24. Juli. In der Privatrealchule (Penlonat) von Dr. Plähn befanden sämtliche Schüler die Abgangsprüfung und erhielten dadurch das einjährig-freie Zeugnis und zugleich das Zeugnis der Reife für die Obersekunda der badischen Oberrealschulen.

Aus dem Stadtkreise.

Prinz Max hat mit Gemahlin und Kindern in Eils Vafeglia (Schweiz) Aufenthalt genommen.

Wochenbericht über den Witterungsverlauf. Im Verlauf der zu Ende gehenden Woche haben sich bemerkenswerte Witterungsvorgänge abgepielt. Wertwichtig war vor allem das Verhalten der Depression, die am Montag vor dem Kanaleingang lag. Da sie für die Jahreszeit sehr tief war und die allgemeine Luftdruckverteilung einer weiteren Ausbreitung günstig erschien, mußte erwartet werden, daß sie eine Umgestaltung der Witterlage bewirken werde. Allein dieses Minimum beschränkte seinen Einfluß namentlich auf Westfrankreich, wo auch sehr ergiebige Regenfälle vorkamen. Bei uns verursachten die Randgebilde wohl vielfach Gewitter, aber die erwartete Abkühlung blieb aus, da die Depression in ganz ungewöhnlicher Richtung südwärts abzog und sich dabei rasch verflachte. Bei dem Druckausgleich blieben jedoch über der westlichen Hälfte Mitteleuropas viele Störungen bestehen und eine inzwischener über dem Nordmeer erscheinene neue Depression entwickelte an ihrem Südrand weitere Teilminima. Es kam unter deren Einwirkung erneut zur Gemittertätigkeit, die um so lebhafter war, als auch die Hitze beträchtlich zugenommen hatte. Am folgenden Tag — Donnerstag, 23. Juli — hatte die Luftdruckverteilung eine wesentlich ungünstigere Gestaltung angenommen, indem sich die Nordmeeresdepression verflachte und in einem nach Südosten ausgehenden Ausläufer mehrere Teilminima entwickelte hatte. Damit war ein Witterungsumschlag verbunden, der sich zuerst auf Westeuropa beschränkte und hier Regenfälle und infolge von Luftzufuhr vom hohen Nordwesten erhebliche Abkühlung brachte. Mit dem Fortschreiten des

Ausläufers pflanzte sich der Umschlag weiter ostwärts fort, so daß nimmermehr auch für Osteuropa das Ende der Hitzeperiode zu erwarten ist. Die rasche und erhebliche Abkühlung hat nun sehr starke Wolkenbildung zur Folge, weil die bis in große Höhen stark erwärmten Luftmassen viel Wasserdampf aufnehmen konnten, der nun rasch kondensiert wird. Es hat auch im Alpengebiet schon sehr ergiebig geregnet. Bei der ohnehin starken Wasserführung infolge Schneeschmelze ist deshalb stellenweise Hochwasser Gefahr zu befürchten, da zudem eine rasche Besserung der Wetterlage nicht gesichert erscheint.

Als Entlassungstag für die Reservisten aller Truppenteile mit Ausnahme der Maschinengewehrkompanien der Infanterieregimenter Nr. 113 und 114, des Feldartillerieregiments Nr. 76, der Trainabteilung Nr. 14, der Detachementshandwerker und Militär-Krankenträger ist der 26. September bestimmt worden. Die Maschinengewehrkompanien der Infanterieregimenter Nr. 113 und 114 sowie das Feldartillerieregiment 76 werden am 28. September, die Trainabteilung 14, Begleitkommandos, Detachementshandwerker und Militär-Krankenträger am 30. September entlassen.

Wo sind die Toten? Ueber dieses Lebensrätsel, die ungelöste Frage der Menschheit nach dem Wohin, veranstaltete Donnerstag die Internationale Vereinigung ernster Bibelforscher in dem vollbesetzten Saal der Eintracht einen öffentlichen Vortragsabend. An Hand der Bibel suchte der Redner — Herr H. M. Coordest — Stuttgart — nachzuweisen, daß der ganze Höllenglaube, die einem primitiven Natiergefühl entspringende Vorstellung einer ewigen qualvollen Vergeltung keineswegs aus der Bibel zu entnehmen sei, vielmehr aus einer kurzfristigen, mittelalterlichen Bibelauslegung stamme, die von der Kirche zum starren Dogma erhoben worden sei. Der Unglaube, die Abwendung von Gott und der heiligen Schrift in unseren Tagen ist, so führte Redner aus, zum guten Teil auf jenen mit dem Wesen Gottes schlechterdings unvereinbaren Aberglauben zurückzuführen. Er führt weiter aus: Die Bibel kennt weder eine unsterbliche Seele, noch eine Hölle. Was der Uebersetzer „Seele“ nennt, das griechische Psyche, bedeutet Geist im Unterschied vom Körper. Sie ist, wie schon Plato lehrte, dem Körper suggestiver und alles Gemüth ist auf sie zu legen. Doch sie ist von dem Körper untrennlich, sie lebt und stirbt mit ihm. Das Wert der Menschwerdung Christi war, die Menschheit zu erlösen, das Wert seiner Wiederkunft ist, die Erlösten wiederherzustellen, zu segnen und frei zu machen. Er wird dann die Toten auferwecken und alle werden ihn erkennen, auch die auf Rechten an ihm zweifelten und sündigten. Alle werden dann gereinigt werden und das ewige Leben haben, denn Gott ist Güte. Der Vortrag litt einerseits unter dem drückenden Julihitze, andererseits unter dem schlechten, oft geradezu unverständlichen Organ des Vortragenden, so daß ein großer Teil der Zuhörerinnen den Saal schon vorher verließ.

Billard-Turnier. Der Verlauf des Billard-Turniers im Café Edison hat die Zuschauer vollumfänglich befriedigt. Zu erst standen sich die beiden Meister Meiser-Frankfurt und Sommer-Stuttgart in einer Grand-Cadre-Partie auf 300 Points gegenüber. Beide zogen das Spiel in die Länge. Das Spiel endete zugunsten Sommers mit 300 zu 213. (Höchster Sommer 42.) Besonders hervorzuheben ist, daß der Frankfurter Meister ein hervorragendes, systematisches Spiel zeigte, das in seiner Höchsterie von 48 zum besten Ausdruck kam. Hierauf spielte der deutsche Meister Josef Stehle mit dem Sieger des Turniers noch eine Partie auf 300 Points mit einer Vorgabe von 100. In dieser Partie bewies Stehle, was es heißt, deutscher Meister zu sein. Der Verlauf der Partie war sehr spannend, da beide Meister anfangs gleich stark spielten. Zum Schluß jedoch zeigte sich Stehle in besserer Form, so daß er die letzten 170 Points in vier Aufnahmen beendete. Stand der Partie: Stehle 300, Höchsterie 62, Durchschnitt 17, Sommer einchl. Vorgabe 263, Höchsterie 27, Durchschnitt 8. Daß der Verlauf des Spiels sehr spannend war, geht daraus hervor, daß die Zuschauer bis 1/2 Uhr ausblieben.

Einem Tobsuchtsanfall erlitt ein in der Rheinstraße hier wohnender 29 Jahre alter, lediger Metzler. Er zerrimmerte das in seinem Zimmer liegende Bett vollständig. Er wurde durch zwei Schutzeleute mit dem Krankenautomobil ins städt. Krankenhaus gebracht.

Verhaftet wurden: ein verh. Tagelöhner, ein verh. Maurer und ein lediger Tagelöhner aus Daxlanden wegen Verdachts der Körperverletzung mit nachgefolgtem Tod.

Veranstaltungen, Vereine und Vorführungen.

Der Männergesangsverein Karlsruhe veranstaltet morgen nachmittag 3 Uhr bei günstiger Witterung auf dem Plage beim früheren Bahnwart Seiler im Hardwald ein Waldfest.

Der Veierheimer Fußballverein veranstaltet morgen nachmittag im Gaslhaus zum „Löwen“ in Veierheim ein Gartenfest.

Die Varieté-Arena L. Anle gibt auf dem Engländerplatz heute Samstag nachmittag 4 Uhr eine Kinder- und Familien-Vorstellung. Abends 8 Uhr: Gang-Vorstellung. Sonntag nachmittag 3 Uhr und abends 8 Uhr zwei letzte Haupt- und Gala-Vorstellungen.

Reisenzentheater, Waldstr. 30. Das mimische Schauspiel „Ein Regimentsfest“ bildet die Hauptnummer im neuen Programm, das wieder sehr unterhaltende Film-Neuheiten aufzuweisen hat. Das fesselnde Drama „Dres Waters Bunsch“, dann die köstlichen Humoresken „Polli-dor“ und „Vorbildung“ und „Hausmädchen und Milchmann“ sind nur einige von diesen Neuheiten. Von den Naturaufnahmen sind zu nennen „Ein Ausflug im Staate Kaschmir“ (Hindien), „Die Gottesanbeterin“ und „Amphibien und Polypen“. Der Theaterraum ist durch Zuführung von „Don“ angenehm kühl und aufs beste gelüftet.

Künstler Krug. Am Sonntag nachmittag 4 Uhr gibt die Kapelle des Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 unter persönlicher Leitung des Musikmeisters Bernhagen ein Opern- und Operettenkonzert. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das Programm reichhaltige Opern-Musik enthält, Teil-Operette, Caramen-Maria, Mignon-Romanes u. a. m. am Vor-

trag gebracht werden. Das Konzert wird bei ungünstiger Witterung im großen Saal abgehalten.

Im Münchener Bürgerbräu (Frankenf.) gibt das Tiroler Bither-, Gesangs-, Fodler- und Schubplattler-Ensemble „Seimatklinge“ unter der Leitung des Bither-Franz heute und morgen jeweils abends 8 Uhr Konzerte.

Im Elefanten konzertiert heute Samstag und morgen Sonntag das Salon-Orchester „Apollo“.

Standesbuch-Nachträge.

Chenachote. 23. Juli: Albert Lehmann von hier, Schloffer hier, mit Auguste Kull von Kellenmühle; Werner Ludwig von Mannheim, Diplomingenieur alda, mit Gertrud Joachim von hier; Karl Scheubel von hier, Techniker hier, mit Eleonora Widmann von hier; Friedrich Pademann von Hörtlingen, Maschinist hier, mit Martha Meyer von Bant; August Brunner von Gemmingen, Schreiner hier, mit Johanna Klotz von hier; Rudolf Kenjerner von Eibendorf, Revisionsassistent in Gräfenthal, mit Luise Hoffmann von Borsberg.

Geburten. 17. Juli: Else Emilie, Vater Emil Nagel, Milchhändler. — 18. Juli: Helmut Leodegar, Vater Johannes Martin Sengge, Wagnerschmied. — 19. Juli: Helmut Hans Karl, Vater Karl Bindchen, Ingenieur; Hans, Vater Hermann Bronner, Schneider. — 21. Juli: Hildegard Wilhelmine, Vater Eduard Franz, Lokomotivbeizler. — 22. Juli: Heinz Hermann Wilhelm, Vater Felix Ortley, Oberpostinspektor; Margarete Eugenie Alice, Vater Heinrich Baumann, Großb. Bauart; Hermann, Vater Friedrich Draus, Depotarbeiter. — 23. Juli: Paul, Vater Friedrich Lude, Tagelöhner.

Todesfälle. 22. Juli: Friedrich Diervoß, Maschinist, Chemann, alt 54 Jahre. — 23. Juli: Eduard Lange, Friseurmeister, Chemann, alt 34 Jahre; August Mannschott, Soldat, ledig, alt 29 Jahre; Leopold Kasstätter, Schreiner, Chemann, alt 53 Jahre.

Beerdigungsgeld und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Samstag den 25. Juli 1914: 11 Uhr: Ernestine Fringer, Frid., von Pforzheim (Einäschung). — 12 Uhr: Eduard Lange, Friseur, Georg-Friedrichstraße 25. — 14 Uhr: Leopold Kasstätter, Schreiner, Hirschstraße 25. — 4 Uhr: Albert Ritter, Reallehrer, Kurvenstraße 15.

Stadtratssitzung vom 23. Juli 1914.

Neubildung der städtischen Kommissionen. Nachdem die Neuwahl der Stadtratskolonnen und der Stadträte stattgefunden hat, wurde am 21. Juli ds. Js. in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Stadtrats und des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtratskolonnen (§ 27 Abs. 2 der Städteordnung) auch die Neubildung der städtischen Kommissionen, insoweit der Stadtratskolonnenvorstand dabei mitzuwirken hatte, vollzogen. Soweit der Stadtrat zur Bildung von Kommissionen allein zuständig ist, wird sie in heutiger Sitzung vorgenommen. Das Mitgliederverzeichnis soll gedruckt und sämtlichen Mitgliedern des Bürgerausschusses und der Kommissionen zugestellt werden.

Neues städtisches Sommer-Theater. Es wird in Aussicht genommen, den Betrieb des neuen städtischen Sommertheaters im Konzerthaus für das Jahr 1915 an einen Unternehmer zu vergeben.

Schweizer-Denkmal. Als Tag der Enthüllung des Schweizer-Denkmal am neuen Bahnhofstrasse wird der 26. September ds. Js. bestimmt.

Bahnhof Mühlburg. Das städtische Tiefbauamt hat für die beim neuen Bahnhof Mühlburg herzustellenden Straßen unter Zugrundelegung des bis jetzt maßgebenden Entwurfs für den endgültigen Bahnhof Mühlburg Pläne ausgearbeitet. Der Stadtrat erklärt sich mit dem Entwurf einverstanden und beschließt, ihn der Großherzoglichen Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen zur Genehmigung und mit der Bitte mitzuteilen, ein endgültiges Bauprojekt für den Mühlburger Bahnhof möglichst bald aufzustellen, damit die Schlußbearbeitung des Baufluchtplanes vorgenommen werden kann.

Altbahnhof. Das städtische Hochbauamt hat im Einverständnis mit der Baukommission zu dem Entwurf des Aufnahmegebäudes für den Endbahnhof Karlsruhe der Altbahnhof verschiedene Verbesserungen vorgeschlagen. Die Vorschläge werden der Badischen Lokaleisenbahn-Aktiengesellschaft zur Berücksichtigung übermitteln.

Lidell-Platz. Das von dem Bauleiter für den Gewerbeschul-Neubau, Professor Eugen Bed, vorgelegte Projekt für die Neugestaltung des Lidell-Platzes, wird genehmigt und beim Bürgerausschuß Antrag auf Bewilligung der hierfür erforderlichen Mittel im Betrage von 3150 M. gestellt.

Festplatz-Bebauung. Der Bürgerausschuß hat in seiner Sitzung vom 24. März ds. Js. bei Beratung der Vorlage Nr. 23, die Umgestaltung der Straßen und des Festplatzes beim neuen Konzerthaus und der Ausstellungshalle betr., einen Antrag der Stadtratskolonnen Dr. Knittel u. a. dahingehend, die Gehwege auf beiden Seiten der Fahrbahnen und die verschiedenen Zugangswege für Fußgänger zum Stadtgarten und den andern öffentlichen Anlagen mit fester Deckung (Pflaster oder Zementplatten) zu versehen, mit Stimmenmehrheit angenommen. Die Vorschläge des Tiefbauamts und der Baukommission für die dem Wunsch des Bürgerausschusses entsprechende Gehwegbefestigung werden zur Ausführung genehmigt; die Kosten betragen 21 760 M.

Geländeverkauf. Dem Verkauf von städtischem Gelände im Bannwald an die Firma Friedrich Geisenhöfer und an Dr. Richard Müller, Inhaber der Firma F. Wenzler, Fabrik chemisch-technischer Präparate, wird vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses zugestimmt; ebenso dem Verkauf einer 65 Quadratmeter großen städtischen Geländefläche Ecke Elßner- und Durnersheimer Straße an Franz Kistner.

Personalsachen. Die Stelle eines Kassegehilfen beim städtischen Grundbuchamt wird dem Schreibgehilfen Karl Kraft — zunächst probeweise — übertragen. Maschinentechniker Gustav Bitter beim städtischen Gaswerk II wird zum städtischen Maschinenbauamt versetzt.

Befehung einer Handelslehrstelle. Wegen Wiederbefehung der erledigten Stelle eines Handelslehrers an der städtischen Handelsschule wird dem Großherzoglichen Landesgewerbeamten Vorlage erstattet.

Befegung von Hauptlehrerinnenstellen an der Volksschule. Wegen Befegung von zwei etatmäßigen Stellen für technische Lehrerinnen an der städtischen Volksschule wird dem Großherzoglichen Ministerium des Kultus und Unterrichts Vorlage nach Vorschlag der Schulkommission erstattet.

Stiftung von Ehrenpreisen. Dem Karlsruher Fußballverein e. V. wird zur Beschaffung eines Ehrenpreises für das Sonntag, den 26. ds. Mts. auf dem Sportplatz an der verlängerten Moltkestraße stattfindende Sportfest für Schüler hiesiger Schulen ein Betrag aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt.

Defensitive Bedürfnisanstalten. Die Abortanlage an der Gartenstraße gegenüber der Festhalle soll an die Kreuzung der Ruppurrer- und Wiesenstraße und die außer Betrieb gesetzte Abortanlage am Sonntagplatz bei der Hirschbrücke auf den Engländerplatz verlegt werden. Ferner soll an der Kreuzung der Beierheimer Allee mit der Neuen Bahnhofstraße eine Abortanlage errichtet werden. Das städtische Hochbauamt wird beauftragt, hierüber Vorschläge zu machen.

Wirtschaftsgefuche. Die Gefuche des Adolf Schmalholz um Erlaubnis zum Betrieb der Schantwirtschaft mit Branntweinschant „Zum Waffenschmied“, Steinstraße 1 und des Augusto Calcini um Erlaubnis zum Betrieb der Schantwirtschaft „Zum Durlacher Hof“, Durlacher Straße 103 und zum Ausschank von Branntwein dorthin, werden dem Großherzoglichen Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt, und zwar das letztere Gefuch unter gleichzeitiger Befragung der Bedürfnisfrage hinsichtlich des Branntweinschanks. Ferner werden dem Großherzoglichen Bezirksamt vorgelegt das Gefuch der Frau Mina Wülf geb. Bucher um Erlaubnis zum Betrieb der Branntweinschant (Schantwirtschaft mit Branntweinschant) der Baunternehmung Gustav Stumpf im Gebiet der Weiberäder für die Dauer der Kanalarbeiten dorthin unbeanstandet und unter Befragung der Bedürfnisfrage, das Gefuch des Kaufmanns Wilhelm Mayer um Erlaubnis zum Betrieb des Konditorei-Cafés mit Ausschank von Südwinein und Wärdern in seinem Hause Wilhelmstraße 19 und um Ausdehnung der Konzession auf den Ausschank auswärtigen Bieres (Kulmbacher) unbeanstandet und unter Verneinung der Bedürfnisfrage hinsichtlich des Ausschanks von Bier.

Dankfagung. Der Stadtrat dankt dem Großherzoglichen Ministerium des Innern für Ueberfengung seines Geschäftsberichts für die Jahre 1906—1912 (erster Band).

Gerichtssaal.

(1) Karlsruhe, 24. Juli. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Dölter tagte gestern die Strafkammer I. Angeklagt waren der Tagelöhner Eugen Canova aus Mantua und der Hausierer Christian Dengler aus Wildberg wegen wiederholten schweren Diebstahls im Rückfalle und wegen Hehlerei. Ferner stand die Ehefrau Margarethe Dengler geb. Schmidt aus Dettenhäusern wegen Hehlerei vor dem Gericht. Geladen waren 84 Zeugen und 2 Sachverständige. Canova hatte sich diesen Winter am Bahnhof in einer Eisenbahnermüte und einem Dienstmantel, den er gestohlen hatte, auf den Güterbahnhof begeben und dort eine

Anzahl Gegenstände gestohlen. Den Raub brachte Canova den Eheleuten Dengler, die ihn dann verwerteten. Canova hatte nach seiner Gefangenahme den Gefängnisführer geküßt, er wurde aber von dem Sachverständigen für vollkommen normal erklärt. Canova wurde zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Dengler wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und Frau Dengler wegen Hehlerei zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Canova und Dengler wurden unter Polizeiaufsicht gestellt.

Poincarés Abschied von Petersburg.

Die letzten Trinksprüche.

Petersburg, 24. Juli. Das französische Gesandtschaftsmitglied in Kronstadt wurde in den noch einmal die beiderseitige Begeisterung für das Friedensideal betont wurde. Man wird aus der Haltung des Zweibundes in dem jetzt akut gewordenen österreichisch-serbischen Konflikt bald sehen, wieviel Wahrheit und wieviel Phrasen an diesen Versicherungen ist.

Nachmittags 2 Uhr fand eine außerordentliche Sitzung des Ministerrates statt, in der über die auswärtige Lage beraten wurde. Petersburg, 24. Juli. (Weldung der Petersburger Telegrammagentur.) Der Besuch, den der Präsident der französischen Republik Jean den dem Kaiser von Russland gemacht hat, hat den beiden befreundeten und verbündeten Regierungen Gelegenheit gegeben, die vollkommene Gemeinsamkeit ihrer Ansichten über die verschiedenen Probleme festzustellen, vor welche die Sorge für den allgemeinen Frieden und für das europäische Gleichgewicht die Mächte namentlich im Orient stellt.

Der Proteststreik der russischen Arbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Berlin, 24. Juli. Die letzten aus Petersburg hier eingetroffenen Meldungen berichten von schweren Unruhen längs der Bahnlinie Petersburg—Moskau, die an verschiedenen Punkten ausgebrochen sind. Die Zensur verhindert zwar das Durchdringen näherer Nachrichten. Es steht jedoch fest, daß eine große Anzahl Truppen aus dem Feldlager von Krasnoe Selo alarmiert und mit scharfer Munition ausgerüstet sei und Schnellfeuergeschütze nach den bedrohten Punkten abgefordert worden sind.

h. Petersburg, 24. Juli. In einem Borort feuerten berittene Schutzeinheiten auf Streikende, die mit Steinen auf die Schutzleute warfen. Mehrere Arbeiter wurden verletzt. Im Schlüsselburger Stadtteil richteten Arbeiter in zwei Gastwirtschaften arge Verwüstungen an, wobei mehrere Arbeiter verwundet und einige verhaftet wurden.

h. Petersburg, 24. Juli. Die Streikbewegung beginnt abzuflauen. Der Straßenbahnverkehr ist wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter verhalten sich ruhig. — In Riga haben die Fabrik- und Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

h. Warschau, 24. Juli. In 58 Fabriken streikten 1500 Arbeiter.

h. Baku, 24. Juli. Der vom Kaiser hierher kommandierte Generalmajor Dschunkowski forderte in einer Kundgebung die Bevölkerung auf, ihn bei seiner Aufgabe betreffend die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Die Erfolge seiner Aufgabe hingen in erster Linie von der Befonnenheit der Streikenden ab. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 22 000.

Nikolajew, 24. Juli. Auf der Schiffswerft der Nikolajewer Aktiengesellschaft haben 8000 Arbeiter den Streik begonnen. Die Arbeiter stimmten revolutionäre Lieder an und entfalteten eine rote Fahne. Es fand ein Zusammenstoß mit Militär statt, wobei mehrere Verwundungen vorkamen.

Lezte Nachrichten.

Der Mißerfolg der Homerule-Konferenz.

(Eigener Drahtbericht.)

h. London, 24. Juli. Wie amtlich gemeldet wird hat die Homerule-Konferenz ihre Beratungen beendet und wird nicht von Neuem zusammenzutreten.

h. London, 24. Juli. (3 1/2 Uhr nachm.) Es wird gemeldet, die Homerule-Konferenz habe kein Uebereinkommen erzielt. Das Kabinett sei gegenwärtig zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Lage zu beraten.

Vom Panamakanal.

Washington, 24. Juli. Kriegssekretär Garrison kündigt an, daß der Panamakanal für Schiffe, die nicht über 30 Fuß Tiefgang haben, am 15. August eröffnet werden wird. Die amtliche Eröffnung des Kanals soll im Jahr 1915 erfolgen.

Paris, 24. Juli. Das Nancyer Kriegsgericht sprach den Infanteriehauptmann Louis, der seine Frau im vorigen Monat wegen ihres ehebrecherischen Treibens erschossen hatte, frei.

Paris, 24. Juli. Wie aus London gemeldet wird, ist der ständige Sekretär im Foreigne Office Nicholson zum Nachfolger des demnächst in den Ruhestand tretenden englischen Botschafters in Paris, Bertie, ausersehen.

Vom Wetter.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie vom 24. Juli 1914.

Das Depressionsgebiet hat sowohl an Tiefe als auch an Ausdehnung zugenommen und umfaßt heute fast ganz Europa. Unter seiner Einwirkung hat sich der Witterungsumschlag weiter ostwärts fortgeschoben und allenfalls

herrscht trübes, vielfach regnerisches Wetter. Die Temperaturen sind bei uns weiter gesunken, auch im äußersten Osten beginnt es kühler zu werden. Wiewohl sich ein Ausläufer des des Atlantischen Ozean bedeckenden Maximums zungenförmig in das Binnenland herein erstreckt, wird doch der Einfluß der Depression vorherrschend bleiben; wir werden deshalb unbehagliches und sehr kühles Wetter zunächst noch erleben.

Witterungsbeobachtungen d. Meteorolog. Station Karlsruhe

Table with columns: Ortszeit, Barom. mm, Therm. in C, Windgeschw. in m/sec, Regen mm, Windrichtung. Data for 23. Juli and 24. Juli.

Wasserstand des Rheins am 24. Juli 1914: Schlußstand 387 gestiegen 44, Neul 387, gestiegen 5, Morgen gestiegen 6, Mannheim 328, Stillstand.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte vom 24. Juli 1914, 8 Uhr vormittags.

Table with columns: Stationen, Barometer, Therm. Luft, Windrichtung und Stärke, Wetter. Lists various stations like Bremen, Hamburg, Berlin, etc.

ZAHN-CRÈME und Mundwasser KALODONT advertisement with logo.

Pfannkuch & Co. Neues Sauerkraut 12 Pfund, Dörrfleisch 90 Pfund, Halberstädter Würstel Paar 15 Pfund, Frankfurter Würstel Dose mit 3 Paar 1.00, Dose mit 4 Paar 1.20, Dose mit 8 Paar 2.25.

Rosol Wundheilungsmittel, Gebisse alte, zerbrochene u. schlechthitende, werden angekauft: Waldstraße 4, Hinterhaus, 2. Stock.

Besuchen Sie unseren billigen Saison-Ausverkauf Schuhhaus Bertolde Kaiserstraße 76 — Marktplatz.

Leonore Hoerth Stefaniensstraße 64 Rascheste und sauberste Anfertigung sämtlicher fotogr. Arbeiten. Lager in allen fotogr. Bedarfsartikeln.

Nagel-Pianos Fabrikat I. Ranges gegründet 1828 in allen Preislagen empfiehlt Allein-Vertreter für Karlsruhe: Heinrich Müller, Pianolager, Wilhelmstraße 4 a.

Soweit Vorrat Fabrik-Reste Verkauf II. Etage Wachstuch Reste Wachstuch Breiten, hell od. dunkel gemustert, Sortiment I mit kleinen Schönheitsfehlern, Reste bis 3,50 Meter lang. . Meter 80 Pf 90 Pf. Reste Wachstuch, verschiedene Breiten, hell od. dunkel gemust., Sortiment II, diverse Längen Mtr. 1.00 1.10. Wachstuch-Wandschoner mit verschiedenen Figuren, mit oder ohne Spruch Stück 25 Pf. Hermann Tietz

Wie neu wird Jeder mit Bechtel's Salmiak-Gallselbe gewaschene Stoff haben Gewebes, vorräthig in Paketen zu 55 Pf. bei CARL ROTH, Sodorgerie.

Danksagung. Für die uns beim Hinscheiden unserer lieben Schwester, Tante, Großtante und Schwägerin Fräulein Sofie Lister bewiesene Teilnahme sprechen wir Allen herzl. Dank aus. Karlsruhe, 24. Juli 1914. Die trauernden Hinterbliebenen.

Brennholz vorzügliches Hartholz, Zentner 1 Mark ab Fabrik, fortwährend zu haben. Mehrabnahme Preisermäßigung. Südd. Furnierfabrik Werderstr. 79. — Tel.

Eine Palastrevolution.

(Von unserem ständigen Korrespondenten.)

London, 23. Juli.

Wird man zurzeit die englische liberale Presse, so möchte man meinen, England erlebe Novemberstürme im Sommer. Politische Novemberstürme natürlich.

Als der Premierminister Mr. Asquith im Parlament verkündigte, daß auf Anregung des Königs eine Konferenz über die irische Frage im Buckingham Palast, der Londoner Residenz der königlichen Familie, stattfinden würde, fand er einige Schwierigkeiten auf der eigenen Parteiseite. Die Einzelheiten, die er gab, waren die Hauptpunkte; Debatte war nach der Geschäftsordnung nicht angängig; zwei Vertreter von jeder Partei sollten zugegen sein: zwei von der Regierung, der Premier selbst und der Schatzkanzler Lloyd George; zwei von den Konservativen; zwei von den irischen Nationalisten, und zwei von den irischen Unionisten, den berühmten Ulsterleuten und provisorischen Rebellern. Der Regierungsvertreter im Oberhaus war etwas rebelliger: die Regierung, so führte er aus, übernehme die volle Verantwortung, und der König habe sich strikt innerhalb der konstitutionellen Grenzen gehalten. Das Resultat, wenn ein solches zustande käme, würde natürlich dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet werden.

Was die Parlamentarier nicht sagen konnten, sagte die Presse. Man fragte: Warum findet die Konferenz im Buckingham Palast statt, also unter dem Dache des Königs, der doch außerhalb des politischen Betriebes bleiben sollte, und nicht im Parlamentsgebäude? Hat der König die Initiative zur Konferenz gegeben, oder, verfassungsmäßig, der Premier? Hat der Premier vielleicht unter einem Druck gehandelt? Darf das Parlament es sich gefallen lassen, ausgeschaltet zu werden?

Einige radikale Blätter wurden deutlicher. Sie nannten die Konferenz einen königlichen Staatsstreich. Sie deuteten an, daß der König unter den Einflüssen einer konservativen Hofpartei handle, die sich von hochkonservativen Damen im Hofstaat der Königin inspirieren lasse. Der König habe dem Kabinett zu verstehen gegeben, daß er die Home Rule Bill, falls sie gegen das Oberhaus durchgehe, nicht unterzeichnen würde, bevor nicht Ulster durch die Novelle, d. h. Ausschuß von Home Rule auf irgend einem Wege, befriedigt wäre.

Die parlamentarische Arbeiterpartei ging noch weiter. Sie veröffentlichte eine geharnischte Resolution, in der sie gegen die „unberechtigte Einmischung der Krone“ protestierte, und es bedauerte, daß man mit „Rebellen“ — eben den Ulsterleuten — patieren wolle, und damit sogar die Anwendung von „organisierter Gewalt“ — d. h. Bewaffnung der Massen — in politischen und industriellen Streitigkeiten sanktioniere. Die Arbeiterführer und die parlamentarischen Arbeitervertreter haben nämlich immer behauptet, daß das Beispiel Ulsters den Gewerkschaften bei Streiks zum Vorbild dienen würde: was dem einen recht, sei dem andern billig.

Nun sind ja die 39 Angehörigen der Arbeiterpartei im Parlament nicht eben von ausschlaggebender Bedeutung. Aber in diesem Falle, meint die liberale Presse, haben sie klar ausgesprochen, was von liberaler Seite, aus Loyalität und Parteilichkeit, unausgesprochen blieb. Unter Protest fand man sich schließlich mit der Konferenz ab, war aber recht pessimistisch in bezug auf das Resultat. Die konservative Presse war zurückhaltender, hatte aber auch wenig Vertrauen in die Sache.

Die Veröffentlichung der Ansprache des Königs an die Parteiführer vor der ersten Sitzung der Konferenz hat nun aber alle Liberalen außerordentlich in Garnisch gebracht, besonders der Passus: „Der Gang der Ereignisse — in Irland — richtete sich, sicher und stetig, auf einen Appell an die Gewalt, und heute ist der Ruf „Bürgerkrieg“ auf den Lippen der verantwortlichen und nächsternsten Leute meines Volkes.“ Der König, so führt die liberale Presse in feister Einmütigkeit aus, stellt sich damit mitten in das Parteigetriebe und auf den Standpunkt der konservativen Parteilichkeit. Vom liberalen Standpunkt könne es sich nicht um einen „Bürgerkrieg“ handeln, sondern um eine Rebellion Ulsters gegen Recht und Gesetz, wie es vom Parlament vertreten wird. Das liberale Kabinett könne dem Könige unmöglich diese Worte in den Mund gelegt haben, wie es sonst bei öffentlichen Reden des Königs, zumal bei der Thronrede, geschehe. Die Rede des Königs sei ein Akt persönlicher Herrschaft, wie ihn die englische Konstitution nicht kennt. Der König sei über die wirkliche Lage augenscheinlich falsch unterrichtet, falsch unterrichtet, „unverantwortlichen Ratgebern“, die der konservativen Partei angehören und konservative Parteigeschäfte, nämlich den Sturz des liberalen Kabinetts, für den „Ulster“ nur der Vorwand ist, besorgen. Pflicht der verantwortlichen Ratgeber des Königs, d. h. des liberalen Kabinetts, sei es, das dem König klar zu machen, oder ihre Entlassung zu fordern. Die Liberalen hätten nicht das Veto der Lords abgelehnt, um sich nun mit dem Veto der Krone zu belasten. Es soll nun nicht etwa geleugnet werden, daß sich gegen diese Auffassung von konservativen Standpunkt viel sagen läßt. Und die konservative Presse bejagt das ausreichend. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Liberalen die Auffassung haben, der König habe gegen sie Partei ergriffen und sich öffentlich zur konservativen Auffassung bekannt. Und das ist natürlich nach englischer konstitutioneller Auffassung jedenfalls kein Verbrechen. Das Nachspiel im Parlament wird die Verantwortung auch für diese Rede des Königs — die übrigens im „Dofbericht“ erfolgte — übernimmt. Er kann sie fortzuklären, „authentisch interpretieren“, wie der schöne Ausdruck lautet, oder die Verantwortung übernehmen und gleichzeitig demissionieren, wenn das Unterhaus darauf besteht. Aber vielleicht wird er noch einen anderen Ausweg finden. Der Premierminister hat inzwischen die volle Verantwortung für die Rede des Königs übernommen. (Red.)

Als unbeteiligter Zuschauer muß man sich fragen, wie das leitende Kabinett dazu kam, die

Konferenz anzunehmen und sich diesen Schwierigkeiten auszusetzen. Es ist nun kein Geheimnis, daß ein Teil des Kabinetts, der radikale, dagegen war und die Dinge ihren parlamentarischen Gang laufen lassen wollte, selbst mit dem Risiko einer Revolte im Ulster. Die Erklärung mag sein, daß Asquith und das Kabinett Kenntnis hatten von ihnen feindlichen und gefährlichen Strömungen am Hofe, und diese Art „Flucht in die Doffentlichkeit“ unternahmen, um diesen Einflüssen das Wasser abzugraben und dem Könige die Augen zu öffnen.

Die eigentliche Frage, die Lösung des „Ulster-Streits“, verschwindet vorläufig hinter der weit gefährlicheren „König oder Parlament“, wie die Radikalen die Lage charakterisieren. Alle Bedingungen zu einem scharfen Konflikt sind gegeben. Noch vor ein paar Wochen hätte man es kaum für möglich gehalten, daß es, unter der glatten Oberfläche der schmiegsamen englischen Konstitution, zu Novemberstürmen kommen könnte. England fühlte sich so sicher unter seinen alten Gewohnheiten und sah immer mit etwas wie mitteilidigem Ertaunen auf die weniger Bevorzugten herunter, die sich die Decke ihrer Konstitution erst noch zu verpassen haben. Auch der Wahn der Ueberlegenheit ist zerstört.

Der Prozeß gegen Frau Caillaux.

(Eigener Bericht.)

Paris, 23. Juli.

Der Prozeß gegen Frau Caillaux hat nunmehr endgültig die Wendung genommen, die für das Urteil der Geschworenen, wenn nicht ausschließlich, so doch ganz besonders maßgebend sein muß. Zunächst handelte es sich um die Feststellung der Tatsache, daß nach den Andeutungen der dem „Figaro“ nahestehenden Kreise allgemein die Ansicht verbreitet war, daß die Veröffentlichungen kompromittierender Schriftstücke mit dem Berichte des Staatsanwaltes Jahre und dem Briefe „Ton Fo“ keineswegs abgetan sei. Die Aussage, die der bekannte Pariser Abgeordnete Painlevé diesbezüglich unter Berufung auf ein Gespräch mit dem Senator Gaston Dreyfus, Präsidenten der Pariser Cour de Cassation, wenige Tage vor und am Tage des Attentats selbst gemacht hatte, lautete klar und deutlich dahin, daß Herr Dreyfus, der intime Beziehungen zum „Figaro“ und namentlich zu Calmette unterhalten hatte, noch ganz andere Enthüllungen in Aussicht stellte. Allerdings widersprach Herr Gaston Dreyfus bei seiner Vernehmung am Donnerstag dieser Darstellung, allein Abg. Painlevé blieb in der hierauf erfolgten Konfrontierung so energisch und so bestimmt bei seiner Versicherung, daß die Protefte Dreyfus' wohl kaum die Ueberzeugung der Geschworenen erschüttern könnten.

Nach einigen anderen Zeugen, von denen namentlich die Aussage des Journalisten Andre Verborrt, eines Schwagers Rocheforts, über Verhandlungen mit Frau Guaydon, der ersten Gattin Caillaux, wegen Verwertung intimer Briefe des ehemaligen Ministers von größtem Interesse waren, kam die große Sensation des Tages, Frau Guaydon selbst, die unter allen Umständen als die moralische Urheberin des Mordes angesehen werden muß, wegen dessen Frau Caillaux sich vor den Geschworenen zu verantworten hat. Sie hatte sich der intimen Briefe bemächtigt, die Herr Caillaux, als er noch ihr Gatte war, an seine damalige Freundin und jetzige Gattin geschrieben und von dieser zurückerhalten hatte. Im Verlaufe des Scheidungsprozesses war ein formelles Abkommen zwischen den beiden Gatten vereinbart worden, demzufolge alle zwischen beiden ausgetauschten Briefe einem Unparteiischen übergeben und von diesem vernichtet werden sollten, nachdem Frau Guaydon die ehrenwörtliche Erklärung abgegeben, daß sie von diesen Briefen weder Abschriften, noch Photographien angefertigt hatte. Langsamem Schritte betrat Frau Guaydon den Sitzungssaal, warf unverzüglich einen langen vielseitigen Blick auf die Angeklagte, ihre glückliche Rivalin von ehedem, und nahm nach Angabe ihres Nationalen einen Bündel Akten aus der Tasche, um diese zu verlesen. Es dauerte lange, bis die Zeugin dazu zu bewegen war, ihre Aussagen dem Gesetze gemäß frei zu machen, und selbst als sie sich nach einem sehr energischen Eingreifen des Verteidigers Labori dazu entschloß, blieben ihre Aussagen für die überwiegende Mehrheit des Publikums durchwegs unverkennlich, da sie so leise und dumpf vor sich hin sprach, daß sie der Präsident wiederholt aufordern mußte, sich deutlicher vernehmbar zu machen. Abg. Caillaux, der vorerst in dem hinteren Teile des Saales, in nächster Nähe der Bänke Platz genommen, auf denen die Vertreter der auswärtigen Presse zusammengepackt sitzen, richtete nach und nach vor und gelangte endlich in die nächste Nähe der Zeugin, die sich plötzlich umwandte, als fühlte sie die Augen ihres einstigen Gatten hinter ihrem Rücken. Es war eine große Leistung der Frau, die auf sich die schwere Verantwortung lasten läßt, nicht nur dieser stand zu halten, sondern auch ihr eheliches Glück und Unglück in den ergreifendsten Worten zu schildern. Wie sehr sie sich auch bemühte, den tödlichen Haß zu verbergen, den sie gegen ihre Rivalin hegt, so brach dieser unausgesetzt, wenn auch nicht direkt durch. Die Art und Weise, wie sie den Schicksal ihres ehelichen Glücks schilderte, ist ein wahres Meisterwerk der dramatischen Literatur, wie sie wohl kaum vielen Bühnenschauspielern bisher gelungen ist. Eine genau abgemessene Steigerung der Effekte, lange, bedeutungsvolle Pausen, eine tadellose Sprache, kurz, alles, was die Aufmerksamkeit der Geschworenen zu fesseln und sie für das ihr Urteil gemordene unverdiente Unglück zu interessieren. Mit dramatischer Geberde überreichte sie dem Staatsanwalt einen Brief, den Herr Caillaux ihr unter dem 5. November 1909 geschrieben, in dem er ihr die höchste Anerkennung zollt, ihr schwört, gar nicht an die Scheidung zu denken und sich des begangenen Ehebruchs schuldig erklärt. Diese Verlesung führt zu einem recht heftigen Zwischenfalle, da der Verteidiger Me. Labori die Zeugin neuerdings an das gegebene ehrenwörtliche Versprechen, alle Briefe zu vernichten, erinnerte und dafür die schroffe Antwort erhielt, einem Ranne, wie Caillaux gegenüber, der selbst kein Ehrenwort habe, brauche man sich nicht an Ehrenworte zu halten.

Die heutige Sitzung war die weitaus spannendste und aufregendste des ganzen Prozesses. Die Ermordung Calmettes rückte sozusagen vollkommen in den Hintergrund. Sie verschwand vor dem ehelichen Drama Caillaux' und seiner beiden Frauen. Der frühere Ministerpräsident, der in einem Augenblick gefahrvoller internationaler Verwicklungen die Geschicke Frankreichs geleitet hatte, war hier genötigt, um der Existenz einiger leichtin geschriebenen Briefe willen sein ganzes Leben zu enthüllen. Man muß anerkennen, daß Caillaux die größte Selbstbeherrschung bewahrte. Er ließ sich einmal zu einem Tränenausbruch hinreißen, aber sonst blieb er durchaus Herr seiner Sprache. Man erkannte in ihm den gewandten Parlamentarier, dem keine unbedachte Aeußerung entfiel. Es war wirklich ergreifend, als der Verteidiger Labori in ein paar Worten auf die Stellung des früheren Ministerpräsidenten hinwies und hervorhob, wie sehr der politische Kampf in Frankreich in einen gehässigen Kampf der Persönlichkeiten ausgeartet ist. Caillaux wollte der geschiedenen Frau nicht zu nahe treten, aber der Umstand, daß sie die eigentliche Urheberin der ganzen Briefkampagne ist, konnte nicht verschwiegen werden. Allerdings ist bis jetzt durch diese Debatte noch immer keine Klarheit über die Briefe selbst geschaffen worden. Frau Guaydon hat keine Auskunft gegeben über die Art und Weise, wie die Photographien der Briefe in Umlauf gekommen sein könnten, aber der Verdacht bleibt auf ihr liegen, daß sie daran nicht unschuldig ist. Die Herren Labori und Cheny haben mittlerweile von dem Inhalt der Briefe Kenntnis genommen. Jedenfalls werden sie auch den Geschworenen mitgeteilt werden. Auch die Konfrontation Caillaux und Barthou gestaltete sich zu einer hochdramatischen Szene. Die zwei früheren Ministerpräsidenten tritten sich hier um die intimsten privaten Angelegenheiten und gerieten in die frassensten Widersprüche, die schließlich ungelöst blieben. Im ganzen hat das Verhör nicht das Geringste gebracht, was nicht schon durch die Untersuchung bekannt gewesen wäre.

Paris, 24. Juli. In der heutigen Verhandlung sprach sich bei Abgabe seiner Zeugnisaussage der Abgeordnete Cécaldi in warmer Weise zugunsten der Familie Caillaux aus. Dabei rief er zuerst bei den Advokaten und dann bei Barthou Widerspruch hervor. Dabei sprach Barthou der Angeklagten keine aufrichtige Achtung aus, fügte aber hinzu, daß er seinen Freund Calmette bedauere und schade, den die Angeklagte getötet habe. Nach einem Redebauell Caillaux — Barthou über den Bericht Labori, trat Frau Guaydon ein. Labori bat, aus den Akten 5 Briefe juristisch ziehen, die, wie er sagte, von einer Frau geschrieben seien und mit dem ganzen Prozeß in keinerlei Beziehung zu stehen scheine. Labori war der Ansicht, daß man öffentlich drei Briefe vorlesen könne, die von Caillaux selbst geschrieben worden seien. Cheny widersprach dem, indem er forderte, daß die Geschworenen von allen Briefen Kenntnis nehmen sollten. Frau Guaydon bestand energisch darauf, daß man entweder alle Briefe vorlese oder gar keine. Es folgte eine lebhafte Debatte zwischen den Advokaten und Frau Guaydon, bis Labori erklärte, daß diese Briefe ihm jetzt gehörten, und daß er damit machen werde, was er wolle. Unter lebhafter Aufregung wurde die Verhandlung unterbrochen.

Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Die Ergebnisse der Untersuchung von Serajewo.

Eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Untersuchung von Serajewo ist in der Note des Oesterreich-Ungarns zu lesen. Die bei dem Gericht in Serajewo gegen Princip und Genossen wegen des am 28. Juni begangenen Mordmordes bzw. wegen Mitschuld daran anhängige strenge Untersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt: 1. Der Men, den Erzherzog während seines Aufenthaltes in Serajewo zu ermorden, ist in Belgrad von Princip, Nedelka, Tschabrinowitsch, einem gewissen Milan Tschiganowitsch und Grabeich unter Beihilfe des Major Zampowitsch gefaßt worden. 2. Die sechs Bomben und vier Browningspistolen nebst Munition, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip und Tschabrinowitsch von Milan Tschiganowitsch und dem Major Zampowitsch (welch letztere zu verhaften, die Note von Serbien verlangt. Red.) in Belgrad verschafft und übergeben. 3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Pragjevac entstammen. 4. Um das Gelingen des Attentates zu sichern, unterwies Tschiganowitsch den Princip und den Tschabrinowitsch, sowie den Grabeich in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde den Genannten Unterricht im Schießen mit Browningspistolen. 5. Um den vorgeannten Personen den Uebergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze zu ermöglichen, wurde ein garagesgeheimes Transportsystem organisiert. Das Eintreten aller Verbrecher mit ihren Waffen nach Bosnien und der Herzegowina wurde von den Grenzhauptleuten Tschabatsch, Popowitsch sowie Gribitsch mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.

Wien, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Persönlichkeiten der serbischen Mischuldigen bei dem Attentat von Serajewo wird mitgeteilt, daß gleich nach der Ermordung des Erzherzogs in der Doffentlichkeit der Name Milan Ciganowitsch wiederholt genannt und von ihm erzählt wurde, daß er den Wörtern die Bomben geliefert habe. In Serbien wurde immer behauptet, daß Ciganowitsch nicht aufzufinden sei und gar nicht existiere. Jetzt stellt sich heraus, daß Ciganowitsch Beamter der serbischen Staatsbahn ist.

Die Erklärung des Grafen Tisza.

(Eigener Drahtbericht.)

Budapest, 24. Juli. Der Premier der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte der Ministerpräsident, Graf Tisza: Der Schritt Oesterreich-Ungarns bedarf seiner Rechtfertigung, es müßte vielmehr erklärt werden, warum der Schritt erst jetzt erfolgte. Wir wollten nur warten, bis die Untersuchung in Serajewo über gewisse Umstände vollständige Klarheit schuf. Auch wollten wir den Anschein vermeiden, als ob Leidenschaft oder berechnete Ent-

rüstung uns geleitet haben. Der Schritt ist vielmehr nach ernster und reiflicher Ueberlegung unternommen worden. Der Schritt ist keineswegs aggressiv, noch bedeutet er eine Provokation, da wir in der Note nichts anderes fordern, als was Serbien aus natürlicher Nachbarspflicht gewähren muß. Niemand kann uns vorwerfen, daß wir Krieg suchen. Wir sind vielmehr bis zur äußersten Grenze der Geduld gegangen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin der Ueberzeugung, daß der Schritt durch die Lebensinteressen der Monarchie und der ungarischen Nation gefordert wurde, wenn wir die gesamten Konsequenzen ziehen. (Allgemeiner stürmischer Beifall.) Die Mitglieder der Regierung erhoben sich von ihren Sitzen und brachten dem Ministerpräsidenten Ovationen dar. Darauf ergriff Graf Andrássy namens sämtlicher Fraktionen der Opposition das Wort und erklärte, daß die Beziehungen zu Serbien unhaltbar geworden seien. In dem Maße, wie Serbien Erfolge und territoriale Verwehungen errungen habe, sei der Haß gegen die Monarchie gewachsen. Andrássy befiel sich eine Kritik der auswärtigen Politik vor, erklärte jedoch, daß in diesem Augenblick die Opposition, trotz ihres prinzipiellen Gegensatzes zu der Regierung, ihre patriotische Pflicht voll und ganz erfüllen werde. Er hoffe, daß dieses Beispiel auf jeden Ungarn maßgebend sein werde. Zum Schluß erfuhr Andrássy das Gaus, sich zu vertragen.

Die Reisedispositionen Kaiser Wilhelms.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 24. Juli. Die Reise des Kaisers wird programmäßig Ende des Monats beendet werden. Bisher sind, soweit wir feststellen konnten, noch keine Dispositionen für eine Beschlagnahme der Heimkehr des Kaisers getroffen worden.

Die Ansicht des englischen Regierungsorgans.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 24. Juli. Die Westminster Gazette schreibt über die Wiener Note: Wir wissen nicht, welches Maß von Wahrheit in den Anschuldigungen enthalten ist, aber sie sind bestimmt. Wenn sie erhärtet werden, handelt es sich nicht allein um die Frage des Mordes. Die Beschuldigung ist, daß serbische Beamte direkt darin verwickelt sind. Wir können nicht glauben, daß Serbien so schlecht beraten ist, die Anklagen nicht mit großer Achtung und Ernst zu behandeln. Wir sagen keineswegs, daß die Anschuldigungen ausgegeben werden müßten, das hängt von dem Beweismaterial ab, über das ein Urteil abzugeben wir nicht in der Lage sind. Wir sagen nur, daß die serbische Antwort notwendig eine ernsthaftige Ermüdung auf eine Reihe schwerer Anschuldigungen sein muß. Man sprach viel von Rußlands Haltung in dieser Frage, aber wenn die in der Note enthaltenen Anschuldigungen substantiiert werden können, glauben wir nicht, daß die russische Regierung einen sehr erheblichen Einspruch erheben dürfte und daß Serbien genötigt sein wird, Oesterreich-Ungarn eine Genugtuung zu geben.

Referenzen-Einberufungen in Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 24. Juli. Im Laufe des heutigen Vormittags erhielten nach Wittermeldungen eine große Anzahl von Oesterreichern, die hier ansässig sind, telegraphischen Befehl von ihrer Regierung, sich unverzüglich in die Heimatsort zurückzubewegen und sich spätestens Samstag abend 6 Uhr beim Truppenteil, dessen Reiserufe sie angefordert, zu melden. Die Einberufenen gehören durchweg den jüngeren Jahreshlassen an. Schon gegen mittag verließen sie in großer Zahl mit den Zügen gegen Süden Berlin. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht steht noch aus.

Serbien gibt Belgrad auf.

(Eigener Drahtbericht.)

Semlin, 24. Juli. Wenn Oesterreich-Ungarn gegen Serbien mit Wassengewalt vorgehen sollte, würde Serbien sich anfangs vollkommen passiv verhalten. Man würde Belgrad, das ohnehin strategisch nicht haltbar ist, völlig räumen und die österreichischen Truppen ohne jeden Widerstand in Serbien einmarschieren lassen. Schon vor mehreren Tagen sind aus dem königlichen Palais alle Wertachen und Kostbarkeiten nach Rijch gebracht worden.

Belgrad, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Seit heute früh tagt eine Sitzung des gesamten Ministerrates.

Berichtesgaben. 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Botschafter Frdr. v. Schöner hat seine Urlaubsreise abgebrochen und ist nach Paris abgereist. Seine Anwesenheit in Paris ist infolge der österreichisch-serbischen Krise notwendig.

Gar zu schnell

schwindet für geschäftige Mütter der Morgen dahin, doch das Kochen eines leichten

Mondamin-Flammeris

unterbricht fast spielend die tägliche Hausarbeit, und unsere Liebflinge erfreut gar sehr ein Mondamin-Milchflammeri mit geschmortem Obst oder ein Mondamin-Pudding aus natürlichen Fruchtarten bereitet. Jeder Tag kann ein neues Mondamingericht bringen. Jedes Mondamin-Paket hat leicht verständliche Rezepte, so daß die Hausfrauen sie bald auswendig können. Eine größere Anzahl solcher erprobten Rezepte enthält das „B.“-Büchlein, welches jede praktische Hausfrau sofort bestellen und häufig gebrauchen sollte. Das Büchlein wird gratis versandt von der Mondamin-Ges. m. B. S., Berlin C. 2.

